

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Friedrich Zipfel  
Thilo Vogelsang

Widerstand  
in zeitgeschichtlicher  
Forschung und Darstellung

Peter Hoffmann

Der 20. Juli im Wehrkreis II

28/65

4. Juli 1965

Friedrich Zipfel, Dr. phil., Akademischer Rat am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, geb. 1920.

Veröffentlichungen u. a.: Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über Heinrich Himmler und die SS, Ariola-Schallplatte 1960; Plötzensee, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, 1960; Gestapo und SD in Berlin, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands IX/X, 1961; Krieg und Zusammenbruch, in: Hefte zum Zeitgeschehen 7, Hannover 1962; mit Eberhard Aleff und Ilse Kemter, Terror und Widerstand, Kassette, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, 1964; Kirchenkampf in Deutschland 1933—1945, Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit, in: Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 11, Berlin 1965.

Thilo Vogelsang, Dr. phil., Leiter der Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte und Dozent an der Hochschule für Politische Wissenschaften in München, geb. 14. Februar 1919 in Braunschweig.

Neben bibliographischer Tätigkeit (seit 1953 Bibliographie zur Zeitgeschichte, ständige Beilage der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte) und zahlreichen wissenschaftlichen Aufsätzen sind an Buchveröffentlichungen zu nennen: Die Frau als Herrscherin im hohen Mittelalter, Göttingen 1954; Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930—1932, Stuttgart 1962; Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen, Hannover 1963; sowie die Herausgabe des Tagebuches von Hermann Pünder „Politik in der Reichskanzlei“, Stuttgart 1961.

Peter C. Hoffmann, Dr. phil., Dozent für deutsche und europäische Geschichte an der University of Maryland, geb. 1930 in Dresden.

Veröffentlichungen u. a.: Zu dem Attentat im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ am 20. Juli 1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 12 (1964), H. 3; Zum Ablauf des Staatsstreichversuches am 20. Juli 1944 in den Wehrkreisen, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 14 (1964), H. 7. Ein Buch über die Geschichte des 20. Juli 1944 erscheint Ende 1965.

#### Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,  
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Die Bedeutung der Widerstandsforschung für die allgemeine zeitgeschichtliche Forschung

## Was ist Zeitgeschichte, was ist Widerstand?

In einem grundlegenden Aufsatz zur Einleitung der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ hat Hans Rothfels im Jahre 1953 Zeitgeschichte als die „Epoche der Mitlebenden und ihre wissenschaftliche Behandlung“<sup>1)</sup> definiert. Mit klassischer Prägnanz ist in diesem Satz der doppelte Sinn des Wortes „Geschichte“ umrissen: einmal verstehen wir darunter den Ablauf des Geschehens überhaupt, zum anderen die geistige Durchdringung und wissenschaftliche Aufbereitung dieses Geschehens. Was aber ist die Epoche „der Mitlebenden“? Als Beginn der „Zeitgeschichte“ hat Rothfels damals die Jahre 1917/18 bezeichnet<sup>2)</sup>. Kann diese Definition heute noch Gültigkeit beanspruchen? Ist mit dem Begriff „Mitlebende“ nicht eine Linie gezogen, die gerade noch die heute im Pensionierungsalter stehende Generation umfaßt? Was haben die Jüngeren mit den Ereignissen von 1917/18 zu tun, was die Jüngsten mit dem nationalsozialistischen Staat, den sie allenfalls in physischer, keinesfalls aber in geistiger Existenz erlebten? Mit guten Gründen hat Rothfels darauf hingewiesen, daß jene Jahre einen eindeutigen Epocheneinschnitt brachten, da mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in die Weltpolitik und mit der russischen Revolution erstmals diejenigen politischen, wirtschaftlichen und geistigen Kräfte sichtbar in Erscheinung traten, die seither in steigendem Maße bestimmend für das Weltgeschehen geworden sind und die heutige Situation geprägt haben. Auch die deutsche Entwicklung ist — trotz aller eigenen Charakterzüge — in Zusammenbruch, widerwilligem Arrangement, wilder Auflehnung, neuem Zusammenbruch und schließlich dem Aufbau zweier Staatlichkeiten in so starkem Maße von diesen universalgeschichtlichen Tendenzen geprägt, daß eine wissenschaftliche Sonderklassifizierung<sup>3)</sup>

nicht möglich ist. Die Ära Hitler ist also nach wie vor ein Stück Zeitgeschichte, das wir — nicht nur mit wissenschaftlicher Neugier, sondern wegen der Fragen, die uns, auch die Jüngsten unter uns, existentiell berühren — sorgsam erforschen und betrachten müssen.

Eines der Themen der Zeitgeschichte, dem speziell und unter ganz besonderen Bedingungen die deutsche Forschung ihre Aufmerksamkeit zu schenken hat, ist der Widerstand. Was aber ist Widerstand? Vom historischen Blickwinkel her können wir darunter jede Handlung sehen, die darauf gerichtet war, dem totalitären Staat in den Arm zu fallen,

### INHALT

Friedrich Zipfel:

**Die Bedeutung der Widerstandsforschung für die zeitgeschichtliche Forschung Seite 3**

Thilo Vogelsang:

**Die Widerstandsbewegung und ihre Problematik in der zeitgeschichtlichen Darstellung . . . . . Seite 12**

Peter Hoffmann:

**Der 20. Juli im Wehrkreis II (Stettin). Ein Beispiel für den Ablauf des Staatsstreichversuchs im Reich . . . . . Seite 27**

sei es, um die eigene oder die Gruppenexistenz zu behaupten oder um Unrecht im kleinen wie im großen zu verhüten, die sich darum bemühte, eine Staatsordnung zu erhalten

<sup>1)</sup> Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 2.

<sup>2)</sup> A. a. O., S. 6 f.

<sup>3)</sup> In der Terminologie der „DDR“ ist der Beginn der Zeitgeschichte auf das Jahr 1945 festgesetzt worden. Dies wird ideologisch mit dem Ende der kapitalistischen und dem Beginn der sozialistischen Epoche begründet. Diese regional begrenzte Klassifizierung — sie umfaßt außerdem die Staaten Ost-Mitteleuropas — läßt den universalgeschichtlichen Aspekt außer acht und ist nicht auf andere Bereiche übertragbar.

Nach einem Vortrag, der am 28. Juni 1965 auf der Tagung über „Stand und Problematik der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Dortmund gehalten wurde.

oder vorzubereiten, die den Prinzipien des nationalsozialistischen Staates widersprach oder die danach strebte, die bestehenden Machtverhältnisse durch Propaganda oder mit den Mitteln der Gewalt zu ändern. Im allgemeinen verbindet sich mit dem Begriff „Widerstand im totalitären Staat“ die Vorstellung, daß diese Handlungen unter bewußter Inkaufnahme der Gefahr von persönlichen Nachteilen, von Maßregelungen, Inhaftierungen oder gar der Todesstrafe, begangen wurden. Bloße Unzufriedenheit und daraus resultierende Affekthandlungen, die unter Umständen auch schwerste Bestrafungen nach sich ziehen konnten, werden schwerlich als Widerstand bezeichnet werden können.

In der Literatur lassen sich deutlich einige Schwerpunkte erkennen. Der Kirchenkampf nimmt als Versuch der Selbstbehauptung der Gruppenexistenz mit starker Ausstrahlungskraft einen besonderen Platz ein. Repräsen-

## Ausländischer und deutscher Widerstand

Stillschweigend haben wir bisher vorausgesetzt, daß der deutsche Widerstand eine besondere Stellung innerhalb der Zeitgeschichte einnehme. Ist das berechtigt? Ein Blick auf das Ausland macht uns die besondere Stellung der deutschen Auflehnung gegen den Nationalsozialismus deutlich. In den besetzten Ländern und Gebieten bedeutete Widerstand die Fortsetzung der nationalen Politik. Lediglich Mittel und Methoden waren den besonderen Bedingungen der Okkupation angepaßt worden. Die Aktivisten des Widerstandes handelten dort in Übereinstimmung mit den Vorstellungen der Mehrheit ihrer Landsleute und im Bewußtsein ungebrochener nationaler Tradition. Dementsprechend ist Widerstandsforschung im Ausland die Beschäftigung mit einem, zwar mit speziellen Aspekten behafteten, im ganzen aber kontinuierlich sich einordnenden Teil der Zeitgeschichte. Anders in Deutschland. Hier richtete sich die Erhebung gegen die eigene, vielleicht sogar selbst mitgewählte Staatsgewalt. Im Gegensatz zum Ausland konnte die kleine Zahl von Aktivisten nicht oder doch nur sehr begrenzt auf Resonanz und eventuell Unterstützung in der Bevölkerung bauen. Die um Erhaltung überkommener Werte von hohem Rang bemühten Widerständler mußten, um ihrem Ziele

tativ für die Bestrebungen nach Vorbereitung einer neuen Ordnung ist das Wirken des „Kreisauer Kreises“. Den Versuchen einer Änderung der staatlichen Verhältnisse durch propagandistische Konspiration und Sabotage, wie sie die illegale sozialistische Bewegung<sup>4)</sup> und viele ideologisch weniger gebundene Einzelgruppen betrieben, stand als Höhepunkt der einzige an den Rand des Erfolges führende gewaltsame Umsturzversuch des 20. Juli gegenüber. Sonderformen des Widerstandes, wie etwa der in den Konzentrationslagern getriebene<sup>5)</sup> und die jüdischen Aufstandsversuche, deren Ziel die Verhütung oder Verschiebung der Vernichtung war, haben inzwischen auch ihre Würdigungen gefunden. Der Kampf der nichtjüdischen Bewohner der besetzten Gebiete gegen die deutschen Behörden ist dagegen in der deutschen Forschung nur recht sporadisch behandelt worden.

näher zu kommen, mit Traditionen ihres Volkes, ihres Standes bewußt brechen. Innerhalb der deutschen Zeitgeschichte hat also der Widerstand eine so selbständige Stellung, daß eine Hervorhebung in der Forschung durchaus gerechtfertigt ist, nicht aber eine Trennung. Von einigen Ausnahmen abgesehen war Widerstand weniger Aktion als Reaktion, die Antwort einer Minderheit auf die Herausforderung des totalitären Weltanschauungsstaates. Dessen Charakter zu erfassen ist eine der wesentlichen Aufgaben der Zeitgeschichte, innerhalb derer die Widerstandsforschung spezielle Probleme behandeln und Fragen von allgemeiner Bedeutung stellen darf.

---

<sup>4)</sup> In der Literatur des Ostblocks erscheint der kommunistische Widerstand als der einzig wahre. Hier wird der universaltheoretische Aspekt überstrapaziert. Mit ideologischer Motivation (Kampf gegen den „Faschismus“ als Erscheinungsform des „Kapitalismus“) wird dem Kampf der Internationalen Brigade in Spanien ein hervorragender Platz im Widerstand gegen Hitler eingeräumt. Andere Gruppen, darunter auch der 20. Juli, werden nur am Rande behandelt und als „reaktionär“ abgetan.

<sup>5)</sup> Da dieser Widerstand weitgehend von den kommunistischen Lager-Eliten bestimmt worden war, hat er in den östlichen Veröffentlichungen eine breite Würdigung gefunden.

Eine Betrachtung der Widerstandsliteratur ist nicht möglich ohne einen Blick auf die Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft seit 1945. In den ersten Jahren nach Kriegsende war deutschen Historikern eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Fragen der Zeitgeschichte nahezu unmöglich. Die wichtigsten Quellen zur politischen Geschichte waren, soweit sie überhaupt erhalten geblieben waren, von den Besatzungsmächten beschlagnahmt, und sie wurden für Prozeßzwecke ausgewertet. Die einzigen Deutschen, die Zugang zu diesen Materialien hatten, waren die Verteidiger, die ihrerseits zur Entlastung ihrer Mandanten durch Vernehmungen und Umfragen neue Quellen schufen. Anklage- und Verteidigungsdokumente berührten selbstverständlich nur diejenigen Themen, die Gegenstand der Gerichtsverhandlungen waren: Außenpolitik, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die unter Anklage gestellten Organisationen. Die spätere Veröffentlichung der Nürnberger Dokumente gab erstmals der deutschen Zeitgeschichtsforschung Quellen in die Hand — Quellen allerdings, die wegen ihrer Prozeßbezogenheit lückenhaft sein mußten und gerade für das Thema „Widerstand in Deutschland“ nicht sonderlich aufschlußreich waren. Bevor die deutsche Zeitgeschichtsforschung Zugang zu deutschen Staats- und Parteiakten erhielt — dies vielfach auf dem Umweg über ausländische Publikationen —, war sie weitgehend auf die eigene Erinnerung angewiesen. Daß auch ohne alle Hilfsmittel die jüngste deutsche Vergangenheit treffend analysiert werden konnte, zeigte der greise Meinecke, der — durch Evakuierung von seiner Bibliothek getrennt — in ein Schulheft, das er in Ermangelung eines Tisches auf den Knien hielt, sein großartiges Buch „Die deutsche Katastrophe“<sup>6)</sup> schrieb. Die Erinnerungsliteratur der ersten Jahre war recht einseitig. Von den Besatzungsbehörden erhielten in der Regel nur solche Personen Publikationserlaubnis, die entweder nur nominelle Bindungen an die NSDAP eingegangen oder dem nationalsozialistischen Staat oppositionell gegenübergetreten und z. T. sogar gemäßregelt worden waren.

Es liegt auf der Hand, daß bei einer derartigen Zusammensetzung der Autorenschaft in

<sup>6)</sup> Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden 1947.

Presse, Publizistik und Wissenschaft der Schwerpunkt des Interesses auf dem Komplex Verfolgung und Widerstand lag. Neben Erlebnisberichten und von Angehörigen oder Freunden verfaßten Gedächtnisschriften traten hier bereits sehr früh auf gesicherter Quellengrundlage basierende Darstellungen in Erscheinung, ergänzt durch Dokumentenpublikationen. Dies war möglich, weil erhaltene Privatsammlungen oder Archive einzelner Organisationen, z. B. der Kirchen, nicht der Beschlagnahme durch die Besatzungsmächte verfallen waren. Wie stark diese Schwerpunktbildung war, zeigt ein Blick in die „Bibliographie für Zeitgeschichte“ für die Jahre 1945—1950<sup>7)</sup>. Von 1087 Titeln, die unter dem Thema „Deutschland unter dem Nationalsozialismus“ genannt sind, enthält die Rubrik „Verfolgung und Widerstand“ 681, also beinahe zwei Drittel. Diese Konzentration hatte ihre Ursache sicher nicht allein in dem anfangs begrenzten publikationsfähigen Personenkreis und in der Quellenlage. Von den Besatzungsmächten scheint nach anfänglichem Zögern<sup>8)</sup> und mit recht verschiedenartigen Akzenten die Behandlung dieses historischen Komplexes als Mittel der von ihnen erstrebten „Reeducation“ hingenommen und gefördert worden zu sein. Die Normalisierung auf dem Publikations- und Forschungssektor führte in den folgenden Jahren zwar zu einem gewissen Abbau dieses Schwerpunktes, im Prinzip aber blieb er erhalten. Für 1960/62 führt die „Bibliographie für Zeitgeschichte“<sup>9)</sup> unter 145 Publikationen zur inneren Entwicklung des Dritten Reiches 65 Titel, also 44,4 %/o, unter der Rubrik „Verfolgung und Widerstand“ auf. Diese Beobachtung legt den Schluß nahe, daß das besondere Interesse an diesem Themenkreis weitere Ursachen haben muß.

Innerhalb der uns interessierenden Literaturgattung ist noch eine thematische Klassifizie-

<sup>7)</sup> Bibliographie zur Zeitgeschichte und zum zweiten Weltkrieg für die Jahre 1945—50, im Auftrage des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt von Franz Herre und Hellmuth Auerbach, München 1955.

<sup>8)</sup> Über die anfängliche Ablehnung des 20. Juli durch die amerikanische Besatzungsmacht als einen Versuch, den deutschen Generalstab zu verewigen, s. Paul Kluge, *Der deutsche Widerstand. Eine kritische Literaturübersicht*, in: *Historische Zeitschrift* 169 (1949), S. 138.

<sup>9)</sup> In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 12 (1964), H. 1.

rung vorzunehmen. Bisher hatten wir immer von „Verfolgung und Widerstand“ gesprochen und dabei vorausgesetzt, daß es sich hier um zwei zusammengehörige Komplexe handele. Das ist auch der Fall. Dennoch ist eine Differenzierung nicht nur erlaubt, sondern geboten. Es hat Verfolgungen gegeben, die weder die Folge von Widerstandshandlungen waren noch solche hervorriefen. Das ist bei der Zigeunervernichtung der Fall und — von Ausnahmen abgesehen — bei der Judenverfolgung. Der Widerstand von Deutschen dagegen entzündete sich außer bei extremen weltanschaulichen Gegnern, wie ernstesten Bibelforschern und radikalen Kommunisten, im allgemeinen an der Gewaltpolitik des Dritten Reiches, und er führte, wenn er erkannt wurde, unweigerlich zu neuen Verfolgungsmaßnahmen. Dennoch ist auch hier eine getrennte Betrachtung der aus freiem Willen vollzogenen Widerstandshandlungen und des Schicksals der dadurch oder ohne eigenes Zutun Verfolgten durchaus zulässig. Am Rande sei vermerkt, daß auch in den Konzentrationslagern die Eigeninitiative mit dem Ziel des Widerstandes nicht unterdrückt werden konnte. Dies fand allerdings unter so besonderen Bedingungen statt, daß die Behandlung dieses Komplexes im Zusammenhang mit dem Konzentrationslagerthema gerechtfertigt ist.

Durch die Intensität ihrer Behandlung in der Literatur ragen vier Komplexe hervor. Und hier hat es einige recht interessante Schwerpunktverschiebungen gegeben, die wir an der

## Historische Qualifikationskriterien

Selbstverständlich ist Geist nicht statistisch meßbar. Nach den Erfordernissen historischer Forschung müssen wir Qualifikationskriterien suchen, ohne daß wir damit ein Urteil über die Qualität der Einzelpublikation zu fällen brauchen. Die Erlebnisberichte, wie erwähnt in den ersten Jahren nach 1945 zwangsläufig die dominierende Gattung, sind dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie typisch für das Geschehen der Zeit oder das Schicksal bestimmter Personengruppen sind. Aus der Summe der Einzelanalysen lassen sich Kriterien erarbeiten, die zu durchaus zuverlässigen Beurteilungsmaßstäben führen<sup>11)</sup>. Eine andere Gattung von Beiträgen, die uns seit 1946 regelmäßig begegnen, sind Schriften der Ehrung und Würdigung. Im allgemeinen wer-

Bibliographie für Zeitgeschichte<sup>10)</sup> ablesen können. In den Jahren 1945—1950 war es innerhalb des Themenkreises „Verfolgung und Widerstand“ die KZ-Literatur, die das Feld beherrschte. 34,5 % aller Schriften waren Erlebnisberichte, Anthologien oder Analysen aus dem Bereich der Konzentrationslager. Dagegen standen Schriften über die Organe der Verfolgung, über SS und Gestapo, mit 1 % weit im Hintertreffen. Die Themen Antisemitismus und Judenverfolgung, Themen, die selbstverständlich in der KZ-Literatur vielfach recht intensiv mitbehandelt wurden, waren nur in 54 Spezialbeiträgen vertreten, 7,9 % aus dem Gesamtkomplex. Unter den Veröffentlichungen zum Widerstand dominierten zwei Gruppen: der Kirchenkampf mit 16,9 % und der 20. Juli mit 12,4 % der Schriften. Bis zum Beginn der sechziger Jahre hatte sich das Verhältnis gewandelt. Der Anteil der Publikationen zum 20. Juli hatte sich unverändert erhalten, die Veröffentlichungen zum Kirchenkampf waren auf 13,8 % gesunken. Zum gleichen Stand war die KZ-Literatur abgefallen, die zehn Jahre vorher mit mehr als einem Drittel der Publikationen eine beherrschende Stellung innegehabt hatte. Das Interesse an den Verfolgern dagegen hatte sich — statistisch gesehen — verneunfacht, und inzwischen dürfte es unter dem Eindruck der NS-Verbrecherprozesse weiter angewachsen sein. Im Bereich der Literatur über die katholische Kirche ist seit Hochhuths „Stellvertreter“ eine ähnliche Steigerung anzunehmen.

den sie zur Tatsachenkenntnis nicht allzuviel beitragen. Ihr Wert liegt vielmehr in der geistigen Verarbeitung und in dem erzieherischen Aspekt<sup>12)</sup>. Unter diesem Vorzeichen aber ist ein mehr oder weniger starkes Maß

<sup>10)</sup> S. v. Anm. 7 und 9.

<sup>11)</sup> An einem ganz anderen Themenkreis, den Bereich von Heimatvertriebenen, hat Martin Broszat Kriterien entwickelt, die auch weitgehend für Berichte zu Widerstand und Verfolgung anwendbar sind: Massendokumentation als Methode zeitgeschichtlicher Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2 (1954), S. 202 ff.

<sup>12)</sup> Ein hervorragendes Beispiel hierfür ist die feinsinnige Gedächtnisrede des Bundespräsidenten Theodor Heuss: Bekenntnis und Dank. Ansprache zum zehnten Jahrestag des 20. Juli 1944, in: Deutsche Universitätszeitung 9 (1954), H. 15/16, S. 7—10.

an Idealisierung und Harmonisierung zu erwarten. Bei aller Ehrfurcht vor dem Gegenstand der Würdigung muß der um differenzierte Tatsachenkenntnis bemühte Historiker hierin einen Mangel sehen. Dokumentationen sind selbstverständlich die wertvollste Grundlage für die Forschung. Mit dem Tagebuch Ulrich v. Hassells<sup>13)</sup> erhielt die Wissenschaft bereits 1946 eine Quelle von unschätzbare Bedeutung für die Geschichte des zivilen und militärischen Widerstandes, der in die Ereignisse des 20. Juli einmündete. Mit seiner Publikation „Kreuz und Hakenkreuz“ gab im gleichen Jahre Johann Neuhäusler<sup>14)</sup> ein Beispiel für eine kommentierte Dokumentation,

die — bisher kaum nachgeahmt — sowohl den Druck von Staat, Partei und Propaganda auf die katholische Kirche als auch deren Reaktion auf den gegen sie gerichteten Terror dokumentarisch zu belegen suchte. Bei Werken ähnlicher Thematik aus dem Bereich der evangelischen Kirchen<sup>15)</sup> ist zwar die Oppositionstätigkeit eindrucksvoll belegt und manches Beispiel für den innerkirchlichen Totalitarismus vorgelegt worden, der politische und geistige Hintergrund aber, die sich wandelnde und im Kampf sich verschärfende Einstellung des Nationalsozialismus zur evangelischen Kirche, zum Christentum überhaupt, ist nur indirekt erkennbar.

## Fragestellungen der Widerstandsforschung

Eine erste Gesamtanalyse des deutschen Widerstandes versuchte noch in der Emigration Hans Rothfels mit seinem zuerst in englischer Sprache erschienenen Werk „The German Opposition against Hitler“<sup>16)</sup>. Was der in den entscheidenden Jahren außerhalb stehende, innerlich durchaus engagierte Historiker sachlich und bei aller Kürze treffend darzustellen wußte, vermochte sein Kollege Gerhard Ritter, der selbst im Widerstand tätig gewesen war, nicht mit der gleichen Unbefangenheit wiederzugeben. In seinem dennoch bedeutenden Werk „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung“<sup>17)</sup> sah er Gruppierungen und Persönlichkeiten sehr stark aus dem Blickwinkel seines „Helden“ Goerdeler. Widerspruch konnte nicht ausbleiben. In ihren Bänden über „Verrat im XX. Jahrhundert“ hat Margret Boveri<sup>18)</sup> den deutschen Widerstand im Zusammenhang mit anderen Aufstandsversuchen und Verratsunternehmungen untersucht. Sie stieß hierbei auf das Generationsproblem. Auch wenn wir manchen überspitzten Folgerungen nicht zustimmen können, so ist doch die Beobachtung von der verschiedenartigen Reaktion der Altersgruppen auf die Herausforderung des Totalitarismus, die zu förmlichen Parteigungen innerhalb der einzelnen Gruppen führte, von

eminenter Bedeutung. Unter einem ganz anderen Blickwinkel sah Günther Weisenborn den Widerstand<sup>19)</sup>. Er unterscheidet zwischen einer oberen, das heißt der kraft Amts zur Beeinflussung des politischen Geschehens befähigten Schichten, und einer unteren Linie, das heißt der kleinen Leute, die mit viel Opfermut, aber mit im Grunde untauglichen Mitteln den Unrechtsstaat zu bekämpfen suchten. Es sind also, wie die Veröffentlichungen von Boveri und Weisenborn zeigen, nicht nur politische, religiöse und ethische Kriterien gewesen, die deutschen Menschen innerhalb des Widerstandes ihren Platz zuwiesen. Auch altersmäßige, soziologische und — das sei hinzugefügt — bildungsmäßige Bezüge sind zu beachten. Gilt das aber nur für den Widerstand? Wie hat sich denn überhaupt der Mensch im nationalsozialistischen Staat ver-

<sup>13)</sup> Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern des als führendes Mitglied der deutschen Widerstandsbewegung im September 1944 hingerichteten ehemaligen Botschafters v. Hassell, 1938—1944, Zürich/Freiburg i. Br. 1946, jetzt auch: Fischerbücherei Nr. 605.

<sup>14)</sup> Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand, München 1946.

<sup>15)</sup> Kirchliches Jahrbuch für die evangelische Kirche in Deutschland 1933—1944, begr. von Johannes Schneider, hrsg. von Joachim Beckmann, 60.—71. Jahrgang, Gütersloh 1948; Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstandes und des Aufbaus in der evangelischen Kirche Deutschlands von 1933 bis 1945, hrsg. von Heinrich Hermelink, Tübingen und Stuttgart 1950.

<sup>16)</sup> Hinsdale 1948, deutsch u. d. Titel: Die deutsche Opposition gegen Hitler, Krefeld 1949, seither in mehreren revidierten Auflagen in der Fischerbücherei Nr. 198.

<sup>17)</sup> Stuttgart 1954, jetzt auch: Deutscher Taschenbuch-Verlag Nr. 216—218.

<sup>18)</sup> Rowohlts deutsche Enzyklopädie 23, 24, Hamburg 1956, hier besonders Bd. 24, S. 13 ff.

<sup>19)</sup> Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933—1945, Hamburg 1953, jetzt auch: rororo-Taschenbuch Nr. 507—508.

halten? Es gab ja doch nicht nur Nazis und Widerstandskämpfer! Von fanatischen Parteigängern über opportunistische, träge oder reservierte Mitläufer, über widerwillig Gehorchende und in ihrem Wirkungsbereich die Unrechtspolitik Sabotierende reicht die Verhaltensskala bis hin zum Widerstand. Welche

Rolle spielen da soziale Stellung, Generation, Bildungsgrad, religiöse und politische Herkunft? Sind diese Kriterien nicht auch auf die Funktionäre von Partei und Staat anwendbar? Die Widerstandsforschung hat all-gemeingültige Fragen gestellt, die bisher nicht beantwortet worden sind.

## Lücken in der Zeitgeschichtsforschung

Von besonderer Wichtigkeit ist die Kenntnis der Initiatoren der Gewaltherrschaft und ihrer Helfershelfer, der Motive und Methoden ihres Handelns, der Organisationsformen, mit denen sie ihr Werk ausführten. Über all das wissen wir bisher nicht viel. Was war, was wollte und wie arbeitete die Gestapo? Zwei Ausländer, Crankshaw und Delarue<sup>20)</sup>, haben sich an diesem Thema versucht. Das Ergebnis ist unzureichend. Der gesamte SS-Komplex ist lange Zeit so gut wie unbeachtet geblieben. Eugen Kogons Ansatzpunkt, das Konzentrationslager, gestattet keinen hinreichenden Überblick über das Gesamtthema „SS-Staat“<sup>21)</sup>, wenn auch ein sehr wichtiger Teilaspekt nach den damals vorhandenen Möglichkeiten vorbildlich beschrieben wurde. Neusüß-Hunkels Dissertation<sup>22)</sup> bemüht sich um einen solchen Überblick über Funktion, Mentalität, Arbeitsweise und Organisation dieses Instruments, der zwar nach wie vor nützlich ist, über eine Skizze aber doch nicht hinauskommt. Die soeben erschienenen Sachverständigengutachten zum Auschwitzprozeß<sup>23)</sup> bieten unter besonderen Aspekten eine wesentliche Bereicherung unserer Kenntnis. Wie steht es mit den führenden Männern? Die Himmler-Biographie Frischauers<sup>24)</sup> ist unzulänglich. Die Arbeitsweise des Autoren-paares Fraenkel und Manvell läßt nicht erwarten, daß ihre jüngst in England erschienene Himmler-Biographie<sup>25)</sup> eine wesentliche wissen-

schaftliche Bereicherung werden wird. Über den zweiten Mann im Terror-Apparat, über Reinhard Heydrich, wissen wir bisher sehr wenig. In Berlin nähert sich eine Dissertation „Heydrich und die Entstehung des RSHA“ ihrem Abschluß. Verfasser ist ein Israeli. Über die übrigen Organisatoren des Terrors sind unsere Kenntnisse über den Stand der einschlägigen Nürnberger Prozesse nicht wesentlich hinausgewachsen. Lediglich Adolf Eichmanns Prozeß hat für den Teilbereich der Judenverfolgung auch hinsichtlich der Planenden zu intensiverer Beschäftigung geführt. Die bedeutendste dieser Veröffentlichungen ist die des früheren Nürnberger Anklägers Robert W. M. Kempner<sup>26)</sup>, der als ehemaliger Justitiar im Berliner Polizeipräsidium das Thema mit großer Sachkenntnis behandeln konnte. Hannah Arendts Prozeßbericht<sup>27)</sup> hat auf einen eminent wichtigen Gesichtspunkt hingewiesen, die bürokratische Banalität, die hinter all dem furchtbaren Geschehen stand, ohne allerdings ihren eigenen Gedanken konsequent durchzuführen. Mit Recht wurde hier der Fahrdienstleiter der Judenvernichtung entteufelt und als subalternen Typ entlarvt. Der Umfang der Entpersönlichung im totalitären Staat geht aber doch weiter als bis zu Eichmann und seinesgleichen. So kommt Arendt bei der Beurteilung der jüdischen Zwangsfunktionäre, den Betrachtungen über die Haltung der deutschen Bevölkerung und auch über den Widerstand zu Fehlurteilen, die nach ihrer Ausgangsposition im Grunde nicht verständlich sind.

Nicht besser als mit der SS steht es mit der Erforschung der NSDAP und ihrer Gliederungen. Das gleiche gilt für den Staat und seine Organe. Lediglich für die Zeit bis Mitte 1934 hat das Sammelwerk von Bracher, Sauer und

<sup>20)</sup> Edward Crankshaw, Die Gestapo, Berlin 1959; Jaques Delarue, Geschichte der Gestapo, Düsseldorf 1964.

<sup>21)</sup> Eugen Kogon, Der SS-Staat, Das System der deutschen Konzentrationslager, Frankfurt/M. 1946 und mehrere erweiterte Auflagen.

<sup>22)</sup> Ermenhild Neusüß-Hunkel, Die SS, Hannover und Frankfurt/M. 1956.

<sup>23)</sup> Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen und Helmut Krausnick, Anatomie des SS-Staates, Freiburg 1965.

<sup>24)</sup> Willi Frischauer, Himmler. The Evil Genius of the Third Reich, London 1953.

<sup>25)</sup> Heinrich Fraenkel, Roger Manvell, Heinrich Himmler, London 1965.

<sup>26)</sup> Eichmann und Komplizen, Zürich/Stuttgart/Wien 1961.

<sup>27)</sup> Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964.

Schulz<sup>28)</sup> einen umfassenden, wissenschaftlich gesicherten Überblick gegeben. So lange die allgemeine Zeitgeschichtsforschung aus durchaus verständlichen Gründen — Schwierigkeit der Quellenbeschaffung — derart große Lücken läßt, wird auch die Erforschung des Widerstandes unvollkommen bleiben müssen. Es gehört zu den Eigenheiten der deutschen Zeitgeschichtsforschung, daß sie in einigen Teilbereichen in enge Berührung mit der

Rechtsprechung geraten ist. Erzeugnisse der Literatur erhalten für die Justiz unter Umständen den Rang von Beweismitteln; die historische Kenntnis wird für Sachverständigengutachten genutzt. Andererseits liefern die Strafprozesse der Geschichtsschreibung nicht nur Anregungen, sondern auch Quellen von hohem Rang, die auch für die Widerstandsforschung von erheblicher Bedeutung sein können.

## Folgen für die Widerstandsforschung

Daß die erwähnte Forschungslücke auch Auswirkungen auf die Betrachtung und Einschätzung des Widerstandes selbst hervorrufen kann, sei an einem Beispiel gezeigt: dem Kirchenkampf. Wenn man die — meist von Beteiligten oder pietätvoll Engagierten geschriebene — Literatur zu diesem Thema überblickt, dann gewinnt man den Eindruck, als sei Antichristentum einer der feststehenden Bestandteile der nationalsozialistischen Weltanschauung, der Programmpunkt vom „positiven Christentum“ bloße Tarnung gewesen. In keinem der einschlägigen Werke von kirchlicher Seite ist auf die von der Partei geförderte Kircheneintrittsbewegung des Jahres 1933, auf die Massentrauungen der gleichen Zeit hingewiesen worden, nirgends ist die Taufstatistik bemüht worden (in Berlin sind 1933 mehr Menschen getauft worden als Lebendgeborene registriert wurden), keine Hinweise finden wir darauf, daß die Nationalsozialisten die obligatorische Teilnahme am Religionsunterricht verfügten<sup>29)</sup>. Diese Maß-

nahmen und Tendenzen lassen sich nicht als taktisch bedingte Täuschungen abtun. Antimarxismus und Bekenntnis zum Christentum wurden als identisch betrachtet. Daß dieser Kirchenfreundlichkeit ein hohes Maß von Oberflächlichkeit anhaftete, bedarf keiner Erörterung. Dennoch konnten die Konfessionen trotz mancher Reserven mit gutem Grund annehmen, daß sie im neuen Staat ungehinderte Entfaltungsmöglichkeiten finden würden. Wenn die beiderseitige Unsicherheit mit all ihren Mißverständnissen der Anfangsphase kirchlicherseits ebenso eingehend behandelt worden wäre wie die Ära der kämpferischen Auseinandersetzung, wenn auch da etwas weniger idealisiert worden wäre, hätte die katholische Kirche vielleicht die peinlichen, im Grunde durch Unkenntnis hervorgerufenen, in der Verteidigung nicht sonderlich überzeugend widerlegbaren Erörterungen um die Haltung des Episkopats und möglicherweise auch die Hochhuth-Diskussion vermeiden können.

## Der Mensch im totalitären Staat

Das Beispiel des Kirchenkampfes macht deutlich, daß Widerstand eine besondere Verhaltensweise ist, die in einem bestimmten Verhältnis zu den sich wandelnden und entwik-

kelnden Tendenzen des totalitären Staates steht. Die gleiche Beobachtung machen wir bei der verhältnismäßig intensiv erforschten Vorgeschichte des 20. Juli, und auch bei anderen Gruppen begegnen wir dieser Erscheinung. Es haben hier Entwicklungen stattgefunden von dem Willen zu vorbehaltloser oder reservierter Anpassung über Kritik, Konspiration bis hin zu dem Entschluß, entweder die eigene Position mit allen Mitteln, auch mit illegalen, gegen den Machtanspruch des Staates zu verteidigen (so beim Kirchenkampf) oder die bestehende Herrschaftsord-

<sup>28)</sup> Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftsystems in Deutschland 1933/34, Köln und Opladen 1960.

<sup>29)</sup> Nach Friedrich Zipfel, Kirchenkampf in Deutschland 1933—1945. Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit, Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 11, Berlin 1965, S. 17 ff. und 41 f.

nung gewaltsam zu beseitigen (20. Juli). Diese Entwicklungsskala deutet auf den bereits erwähnten, bisher außerhalb der Widerstandsforschung viel zu wenig beachteten Problembereich des Verhaltens der Menschen im totalitären Staat hin. Formen, die für viele Widerständler Durchgangsstationen zu späterer Entschlossenheit waren, sind in sehr verschie-

denen Abstufungen und Schattierungen bei weiten Teilen des deutschen Volkes, fanatische Nationalsozialisten und träge Mitläufer ausgenommen, konstant oder zeitweilig vorhanden gewesen. Bereits geleistete Vorarbeiten der Widerstandsforschung bieten einen geeigneten Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen.

## „Widerstand“ im Ausland und in Deutschland

Trotz ihrer Zugehörigkeit zur Zeitgeschichte hat die deutsche Widerstandsforschung eine durchaus eigenständige Stellung, sowohl nach innen als auch nach außen.

Was wußte man im Ausland über den deutschen Widerstand? Die sichtbaren Erscheinungen der Vorkriegszeit waren aufmerksam beobachtet worden. Insbesondere das Wirken und die Verhaftung Niemöllers scheinen einen tiefen Eindruck hinterlassen zu haben. Demgegenüber blieben im Ausland — wie ja auch in Deutschland — Streben und Märtyrertum von Angehörigen sozialistischer Gruppen oder anderer, kleinerer Kreise weitgehend unbekannt. Es ist nicht verwunderlich, daß sich unter dem Eindruck des Krieges mit all seinen entfesselten Leidenschaften eine Vorstellung von deutsch gleich nationalsozialistisch festsetzte. Diese Einstellung macht es verständlich, daß der 20. Juli und seine Motivierung, Zielsetzung und Bedeutung völlig verkannt wurden. Die offiziellen Verlautbarungen aus Berlin schienen die ausländischen

Klischeevorstellungen geradezu zu bestätigen. Der deutsche Widerstand blieb auch nach Kriegsende vorerst uninteressant. Hans Rothfels' Buch<sup>30)</sup> zeigt aber, daß sich dennoch ein Wandel anbahnte. Wenn wir auch nicht annehmen dürfen, daß durch eine einzige Publikation die Fülle von Ressentiments einer verstörten, verbitterten Weltmeinung korrigiert werden konnten, so deutet diese Schrift doch darauf hin, daß eine gewisse Bereitschaft zu sachlicher Orientierung und Revidierung des Urteils im Entstehen begriffen war. Einen wesentlichen Schritt in Richtung auf diese Verständnisbereitschaft brachte — wenigstens hinsichtlich der Haltung der Soldaten — die deutsche Wiederbewaffnung, durch die ausländische Militärs in die Lage versetzt wurden, mit ihren ehemaligen Kriegsgegnern kameradschaftlich zusammenwirken zu müssen. Dennoch sind Unkenntnis, Mißverständnisse und Fehlbeurteilungen noch nicht überwunden. Wie könnte das auch anders sein, da es ja auch in unserem Volk daran nicht fehlt?

## Die Herausforderung des Widerstandes

Dort ist auf den Widerstand sehr bald nach 1945 und mit großer Intensität hingewiesen worden, und das aus guten Gründen. In dem opfervollen Kampf einiger Weniger um Erhaltung oder Wiederherstellung einer rechtsstaatlichen Ordnung kann insbesondere der heranwachsenden Generation ein Ideal nahegebracht werden. In diesem Zusammenhang hat die — nach den strengen Maßstäben historischer Forschung nicht gerade ergiebige — Heldenverehrung durchaus ihren Sinn. Diese

war außerdem geeignet, das durch den Zusammenbruch von 1945 zutiefst verletzte nationale Selbstbewußtsein wieder zu stärken und an die Stelle der bisherigen, zerstörten Leitbilder neue Ideale zu präsentieren.

In dieser starken Betonung des Widerstandes, die dadurch noch verstärkt wird, daß in anderen Bereichen der Zeitgeschichte der Anteil

<sup>30)</sup> S. o. Anm. 16.

der populären und damit allgemein zugänglichen Literatur weit geringer ist als auf dem Gebiete des Widerstandes, liegt die Gefahr, daß dieser bis zu einem gewissen Grade zum Alibi wird. Die ganz überwiegende Masse der Deutschen gehörte nicht zum „anderen Deutschland“, sondern sie marschierte, gläubig, träge, gehorsam oder murrend, aber sie marschierte!

Dieses Phänomen bedarf der Klärung — nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern in strenger historischer Wissenschaftlichkeit. Hier ist die Zeitgeschichte herausgefordert. Die Widerstandsforschung hat in ihr einen festen Platz, und von dieser sind bereits Probleme angeschnitten, Fragen aufgeworfen und Methoden angewandt worden, die eben in diese Richtung zielen.

# Die Widerstandsbewegung und ihre Problematik in der zeitgeschichtlichen Darstellung

## Das Vermächtnis und seine Schwerpunkte

In den Jahren des deutschen Zusammenbruchs nach 1945 und der Zeit der politischen Ohnmacht waren Teilnehmer und Überlebende der Widerstandsbewegung der Meinung, daß dem deutschen Volke ein gewichtiges geistiges Erbe zu übermitteln sei. Sie bekundeten ihre Überzeugung, daß „in der deutschen Widerstandsbewegung, in der Vielfalt der Kräfte, die sie an den Tag gebracht hatte, in der Gesinnung, die sie trug, ... in der Haltung, die ihre führenden Persönlichkeiten in der Verfolgung und im Sterben zeigten, ... eine neue geistige Wirklichkeit geschaffen war“, an die das Denken und Handeln der Deutschen auf politischem, geistigem und moralischem Gebiete künftig anknüpfen könne und solle<sup>2)</sup>. Und zugleich erhob sich die Frage, wo und mit welchen Mitteln das Wissen um den deutschen Widerstand und sein Vermächtnis zu pflegen und zu verankern sein würde. Daß dabei nur wenig Zeit für Besinnung und Werbung um Verständnis zur Verfügung stehen werde, ergab sich aus dem nicht mehr korrigierbaren Faktum einer durch den Kriegsausgang völlig gewandelten und sich im rasanten Tempo weiter verändernden Welt.

Dennoch: ein fruchtbarer Boden harrete seiner Bearbeitung. Blicken wir zurück auf die Entwicklung der deutschen Zeitgeschichte als Wissenschaft, wie sie bald nach dem Zweiten Weltkriege in der Bundesrepublik inauguriert worden ist, dann müssen wir feststellen, daß der Erlebnisgehalt und der Problemreichtum der Widerstandshaltung einzelner und von Gruppen gegen die nationalsozialistische Herrschaft die ersten Impulse zur Konstituierung dieser jungen Disziplin der „Zeithistorie“ beigetragen haben. Denn „Zeitgeschichte“ wurde damals, in den Anfängen des Neubesinnens, mit der „Geschichte der na-

tionalsozialistischen Zeit“ gleichgesetzt, und die Erforschung des Widerstandes schien unter allen Einzelthemen eine hohe Dringlichkeitsstufe zu besitzen. Ja, einige der Initiatoren des Münchner Institutes haben um 1947/48 sogar gehofft, die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem verborgenen, dem „anderen Deutschland“ der Regimegegner könne sich gegebenenfalls, würden bald die Ergebnisse bekannt, auch politisch zum Wohle des am Boden liegenden Vaterlandes auswirken.

Bereits vor dem Einsetzen ernsthaft methodischer Bemühungen wurde freilich aus den ersten Veröffentlichungen am Ende der vierziger Jahre (Gisevius, Pechel, Schlabrendorff, Hassell-Tagebücher) ersichtlich, daß die deutsche Widerstandsbewegung nur schwer als ein einheitliches historisches Phänomen zu fassen und zu werten sein würde. Auch fehlte ihr im Gegensatz zu Résistance und Resistenza das die Menschen verbindende Leitmotiv der nationalen Abwehr, denn die Auflehnung in Deutschland richtete sich ja nicht gegen eine unrechtmäßige Fremdherrschaft, sondern gegen das, was die 1933 scheinbar „legal“ zur Regierung gelangten Machthaber als „Staatsinteresse“ betrachteten, sowie gegen die Praktiken, die diese im Namen des deutschen Volkes im Inlande und bald auch in den eroberten Gebieten anwandten. Es war sehr oft mehr ein „Widerstand vom Geiste her“ (Adolf Grimme), und im Grunde drängte, wie Ernst Jünger aus früherer Sicht wohl richtig beobachtet hat, nicht so sehr „die politische Substanz“ zum Zuge, „sondern die moralische“. Die Problematik in ihrer ganzen Vielschichtigkeit wurde also frühzeitig aus den ersten Publikationen erkennbar. Vor allem war der Widerstand als „Personenverband“ (als die „Summe“ aller Beteiligten) herkunftsmäßig aus den verschiedensten Gründen keineswegs mehr identisch mit den früheren Gegnern der NSDAP aus der Zeit vor 1933. Der persönliche Erfahrungseinstiger Anhänger des Nationalsozialismus und sog. „Steigbügelhalter“ deutschnationa-

<sup>1)</sup> Überarbeitete Fassung eines Vortrages, der am 24. November 1964 auf einer gemeinsam vom Centre d'Etudes de Politique Etrangère und der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Tagung in Paris gehalten wurde.

<sup>2)</sup> E. Weniger, Neue Literatur zur deutschen Widerstandsbewegung, in: Sammlung 9 (1954), S. 403.

ler Provenienz, kam hier als neues Element hinzu und würde fortan von der Forschung zu berücksichtigen sein. Der Widerstand begriff in sich ein weites Feld von Unrecht-Erduldung, betonter Abstinenz, „innerer“ Emigration, mutigem Bezeugen des christlichen Glaubens, politischer „Sabotage“ im Alltag wie in den Ämtern und gezielter aktiver Betätigung. Er reichte von der instinktiven stillen Ablehnung, der Solidarität oder — lebensgefährlichen — Hilfeleistung gegenüber Verfolgten, der heimlichen Organisation Gleichgesinnter bis zur Bereitschaft, die Dinge gewaltsam zu ändern, oder gar der Planung, wie der zu erneuernde Staat nach einem Umsturz auszusehen haben werde.

Auf diese „späten“ Entwicklungsstufen, auf die geschichtlich gewordenen letzten Konsequenzen entschlossener Zirkel, vor allem prominenter Politiker und Militärs, richteten sich aber die ersten Anstrengungen publizistischer und wissenschaftlicher Durchdringung. Das war begreiflich, denn hier trat die Dramatik der zu treffenden Entscheidungen am deutlichsten zutage und war die Dynamik der treibenden Kräfte am besten zu spüren. So stand *der Weg der deutschen Opposition zum 20. Juli 1944* von Anfang an im Vordergrund des Interesses, nicht zuletzt auch aus politischen Gründen, galt es doch, bestimmte Vorurteile der westlichen Siegermächte gegenüber den Männern des Widerstandes abzubauen oder zumindest zu deren Abbau beizutragen. Dabei ergab sich freilich die Gefahr, daß möglicherweise andere Zweige und Formen des Widerstandes vernachlässigt, ja unterbewertet werden würden. Noch 1953 hat sich ein Forschungsbericht bewußt zu einer solchen Begrenzung bekannt und hervorgehoben, daß anderweitige Widerstandsäußerungen, wie etwa die Opposition der Kirchen oder die „Untergrundbewegung der Kommunisten“, außer Betracht gelassen werden sollten<sup>3)</sup>.

Natürlich war das keine unredliche Absicht. Wenn der Verfasser jenes Forschungsberichtes seinerzeit betont hat, sich auf diejenige Erhebung beschränken zu wollen, „die ernsthaft den Sturz des Diktators und einen völligen Wechsel des von ihm geprägten Regimes vorbereitete und schließlich mit Gewalt durch-

<sup>3)</sup> M. Braubach, *Der Weg zum 20. Juli 1944*. Ein Forschungsbericht (Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Geisteswissenschaften, 13), Köln/Opladen 1953, S. 6.

zusetzen suchte, „dann lag darin auch ein aktueller und zwingender Grund verborgen“. Die damaligen Vorbereitungen zur Wiederbewaffnung mitsamt ihrer leidenschaftlichen Debatte im Inlande hatten nämlich die Problematik des „verbrecherischen Befehls“, der Eidesleistung und des militärischen Gehorsams vor einer breiten Öffentlichkeit neu aufgeworfen. Zugleich war auch — in den ersten 50er Jahren — die *innenpolitische Interpretation* des Vermächtnisses der deutschen Opposition auf divergierende Wege geraten, wobei man sich gern der Frage der europäischen Verteidigung und der deutschen Wiederbewaffnung als willkommenem Ansatzpunkt bediente und die Nuancen der unterschiedlichen Deutungen jeweils in Beziehung standen zu der politischen oder ideologischen Plattform. Und schließlich hatte der Braunschweiger Remer-Prozeß 1952 offenkundig gemacht, daß die gesetzlich fundierte Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Angriffe auf die moralische Substanz des Widerstandes, ja seine Verächtlichmachung nicht zu verhindern vermochte. Es ist daher kein Zufall, daß von diesem Prozeß des Jahres 1952 die ersten Versuche datieren, von der theologischen, philosophischen und historischen Seite her das „Widerstandsrecht“ (das Recht zum Widerstand), seine Anwendbarkeit und seine Grenzen zu definieren.

So blieb der historiographische Schwerpunkt „20. Juli 1944“ bis in unsere Tage hinein anerkannt. Denn von nun an galt es nicht nur zu forschen und darzustellen, sondern es ging zusätzlich darum, Begriffe und Standpunkte zu klären, einmal um Diffamierungen des Widerstandes durch rechtsradikale und unbelehrbare Gruppen entgegentreten zu können, zum anderen aber um den militärischen Planern, denen das „innere Gefüge“ der künftigen deutschen Streitkräfte zu einer wichtigen Aufgabe geworden war, zu helfen. Gerade an diesen Pflichten ist einmal mehr abzulesen, daß die zeitgeschichtlichen Bemühungen sich niemals in wertfreien Räumen abspielen können. Gegenüber den Problemen der politischen Gesittung kennt die Zeitgeschichte als Disziplin *keine Neutralität*<sup>4)</sup>.

<sup>4)</sup> H. Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: *Vjh. Zeitgesch.* 1 (1953), S. 8.

## Widerstand in der Wehrmacht

Bezüglich des *militärischen „Sektors“* unseres Berichtes ist zunächst von den Erlebnisbüchern Beteiligter auszugehen, darunter ehemaliger Offiziere, die bis 1944 an irgendeiner Stelle mit dem militärischen Widerstand verbunden gewesen waren. Daß diese Berichte zu einem sehr großen Teile in Schweizer Verlagen erschienen sind oder erscheinen mußten, lag nicht zuletzt an Schwierigkeiten, die mit der Praxis der damaligen alliierten Publikations- und Nachrichtenkontrolle zusammenhingen. Schon zum Jahre 1946 sind die umfassenden Aufzeichnungen von Hans-Bernd Gisevius und Fabian von Schlabrendorff<sup>5)</sup> zu nennen, die wiederum durch die nachgelassenen Tagebücher Ulrich von Hassells<sup>6)</sup> eine gediegene Ergänzung fanden. In der britischen Besatzungszone konnte der Oberst a. D. Wolfgang Müller seine Broschüre „Gegen eine neue Dolchstoßlüge. Ein Erlebnisbericht zum 20. Juli 1944“ ebenfalls schon 1947 herausbringen. Der Wiederhall dieser Publikationen ist jedoch in jenen Jahren der Existenznot und politischen Betäubung nur sehr gering gewesen; geistige Aufnahmebereitschaft zeigte lediglich eine kleine Zahl politisch und historisch Interessierter, die allerdings durch alle Altersschichten hindurchging. Immerhin waren jetzt ein erster Wissensdurst und eine bescheidene Diskussionsfreude geweckt worden, die sich keineswegs zufällig auf inzwischen immer wieder genannte Namen bezogen: Beck und Canaris zunächst und bald darauf auch Rommel. Besonders die Person des populär gebliebenen Feldmarschalls erschien als ein geeignetes Medium, um mit ihrer Hilfe die verbreitete Verfemung des deutschen Soldatenstandes aufzulockern und zugleich dem Mißtrauen und der Verstocktheit gegenüber der Widerstandsbewegung zu begegnen. Hierher gehören die 1949 herausgekommenen Werke Hans Speidels und Wilhelm Ritter von Schramms, die beide den 20. Juli 1944 in Frankreich miterlebt haben<sup>7)</sup>. Etwas später hat dann Helmut

Krausnick die Skizze einer, wenn auch in Grenzen bleibenden, Widerstandshaltung Rommels gegeben<sup>8)</sup>. Aus den wenigen, aber wesentlich nachgelassenen Papieren des Generalobersten Beck versuchte der Kriegshistoriker Wolfgang Foerster ein eindringliches Bild der oppositionellen Haltung des Generalstabschefs während der 30er Jahre zu zeichnen<sup>9)</sup>; daneben schrieb Karl-Heinz Abshagen die erste Canaris-Biographie und beleuchtete damit die Rolle des großen Abwehr-Apparats im OKW als des „technischen Zentrums“ während der ersten Phasen im heimlichen Kampfe gegen Hitler<sup>10)</sup>.

Inzwischen hatte die Sammlung und Aufbereitung von Dokumenten in der Bundesrepublik ihren Anfang genommen; in München begann das „Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit“ (heute: Institut für Zeitgeschichte) mit seiner Tätigkeit. Gleichzeitig aber hoben sich bei den Überlieferungsträgern der Opposition neue Tendenzen ab: die Vorstellung von der „Einheit“ des Wollens begann zu zerfließen. In seinem 1949 abgefaßten Forschungsbericht über die Literatur zum deutschen Widerstand sah sich Paul Kluge zu der Feststellung veranlaßt<sup>11)</sup>, daß die Überlebenden der sozialistischen Gruppen dazu neigten, „sich von der damaligen Verunftete mit den Generalen, den ‚bürgerlichen‘ Persönlichkeiten loszusagen, und, ohne eine scharfe Verurteilung dieser Gruppen auszusprechen, doch den entscheidenden Anteil der sozialistischen Gedankenwelt und der Bereitschaft der Parteiorganisation hervorzuheben“. Nur noch bittere Verurteilung fände der 20. Juli „in kommunistischen Kreisen, denn Beck und seine Gesinnungsgenossen ‚stellten nur eine andere Spielart des deutschen Imperialismus dar‘“. Diese letztgenannte Äußerung<sup>12)</sup> war typisch für die innerdeutsche Entwicklung nach 1946/47 und kam

<sup>5)</sup> H. B. Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*, Bd. 1 u. 2, Zürich 1946; F. von Schlabrendorff, *Offiziere gegen Hitler*, bearb. u. hrsg. von G. von Schulze-Gaevernitz, Zürich 1946.

<sup>6)</sup> U. von Hassell, *Vom anderen Deutschland*. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938—1944, Zürich 1946.

<sup>7)</sup> H. Speidel, *Invasion 1944. Ein Beitrag zu Rommels und des Reiches Schicksal*, Tübingen 1949; W. Ritter von Schramm, *Rommel, Schicksal eines Deutschen*, München 1949.

<sup>8)</sup> H. Krausnick, *Erwin Rommel und der deutsche Widerstand gegen Hitler*, in: *Vjh. Zeitgesch.* 1 (1953), S. 65—70.

<sup>9)</sup> W. Foerster, *Ein General kämpft gegen den Krieg*. Aus den nachgelassenen Papieren des Generalstabschefs Ludwig Beck, München 1949.

<sup>10)</sup> K. H. Abshagen, *Canaris. Patriot und Weltbürger*, Stuttgart 1949.

<sup>11)</sup> P. Kluge, *Der deutsche Widerstand. Eine kritische Literaturübersicht*, in: *Hist. Z.* 169 (1949), S. 137.

<sup>12)</sup> Zitat Kluges nach Albert Norden in der neuen „Weltbühne“ Nr. 13/1947.

bereits einer klaren ideologischen Kampfstellung gleich, die im übrigen von seiten der kommunistischen Geschichtswissenschaft in Ost-Berlin bis in unsere Tage keinerlei Veränderung mehr erfahren hat, sieht man von der Variante in der Haltung gegenüber der Person Stauffenbergs ab.

Zu Beginn der 50er Jahre konnte die Erforschung des militärischen Widerstandes vertieft werden. Auf die Rückkehr beschlagnahmter Dokumente aus dem Auslande zu warten, war in diesem Falle nicht unbedingt erforderlich, denn die wenigen einschlägigen Unterlagen waren 1944 in Zossen von der Gestapo beschlagnahmt worden und blieben verloren, und es schien unwahrscheinlich zu sein, daß in den regulären deutschen Wehrmachts- und Heeresakten noch etwas Wesentliches über Planung und Teilnehmer an der Opposition auftauchen würde. In München etablierte sich ein Arbeitskreis von Offizieren, Theologen, Historikern und Juristen („Europäische Publikation“) in Verbindung mit dem Institut für Zeitgeschichte, wo sich inzwischen laufend neue Befragungsprotokolle und Niederschriften Beteiligten, auch zu Widerstandsfragen, ansammelten. Der Arbeitskreis versuchte systematisch in — später abgedruckten — Gesprächen die Probleme der Rechtslage im Terrorstaat, des Landesverrats, des Widerstandsrechtes und des Eides zu klären. Als Ertrag dieser vereinigten Bemühungen erschien 1956 ein erster Band<sup>13)</sup> mit den Protokollen der genannten Gespräche, dreier Gutachten zum Widerstandsrecht und zum Eid (aus juristischer, katholischer und evangelischer Sicht) und den bis zum Frühjahr 1940 reichenden Untersuchungen Helmut Kraus-

Entwickelte sich die militärische Opposition zu einem Widerstand dadurch, daß einzelne Offiziere seit 1934 und 1938 das Versagen der Armee und ihres Standes schmerzlich registrierten, dann die polizeistaatlichen Auswüchse des Regimes, die auf den Krieg zusteuernde Machtpolitik Hitlers sowie die Verbrechen eben dieses Krieges erleben mußten, und *nunmehr*, den politischen und moralischen Untergang des Vaterlandes vor Augen,

<sup>13)</sup> Vollmacht des Gewissens, Bd. I, hrsg. von der Europäischen Publikation e. V., München 1956, 2. Aufl., Frankfurt 1960.

nicks („Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler“) und Kurt Sendtners („Die deutsche Militäropposition im ersten Kriegsjahr“). In ihnen war neben der stattlich angewachsenen Erinnerungs- und Sekundärliteratur eine große Zahl von privaten Quellen und Befragungsniederschriften verarbeitet worden. Ein zweiter Band erscheint im August dieses Jahres. Er wird Beiträge von Rudolf Bogatsch („Politische und militärische Probleme nach dem Frankreichfeldzug“), Heinrich Uhlig („Das Einwirken Hitlers auf Planung und Führung des Ostfeldzuges“ und „Der Verbrecherische Befehl“ — eine Studie über den Kommissarbefehl mit Diskussion und Dokumentenanhang), Hermann Graml („Die deutsche Militäropposition vom Sommer 1940 bis zum Frühjahr 1943“) sowie Helmut Krausnick/Hermann Graml („Der deutsche Widerstand und die Alliierten“) enthalten<sup>14)</sup>. 1953 kam Wilhelm Ritter von Schramm mit einer Arbeit über die Auswirkungen des 20. Juli in Frankreich heraus, wobei er neben dem Kriegstagebuch des Oberbefehlshabers West ebenfalls Befragungsmaterial und private Aufzeichnungen hatte verwenden können<sup>15)</sup>.

Natürlich stießen die Autoren der „Vollmacht des Gewissens“ zwangsläufig auch an die scheinbaren „Grenzfälle“ des landläufigen Verratsbegriffes vor. Sie sind ihnen nicht ausgewichen. Sie behandelten das Gesamtverhalten des Admirals Canaris ebenso wie die Rolle des Obersten (und späteren Generalmajors) Oster, gegen den bis heute — allzuoft fern der Öffentlichkeit — schwere Vorwürfe über seinen von Gestapohand erlittenen Tod hinaus erhoben werden.

## Sozialistische Widerstandsgruppen

zur organisierten Tat schritten, so verlief die Entwicklung im „zivilen“ Sektor der Nicht-Uniformierten völlig anders. Um die Führer

<sup>14)</sup> „Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug“ war das Thema der Dissertation Erich Kosthorst, die zuerst an dieser Stelle — Beilage XXVI/1954 und B XXVII/1954, dann in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst (Heft 8, Bonn 1955, 3. Auflage 1958) veröffentlicht worden ist.

<sup>15)</sup> W. Ritter von Schramm, Der Zwanzigste Juli in Paris, Bad Wörishofen 1953; erweiterte Neuauflage unter dem Titel „Aufstand der Generale, Der 20. Juli in Paris“, Lichtenberg Taschenbücher Bd. 44/45, München 1964.

der Reichswehr bzw. Wehrmacht hat Hitler bekanntlich bis zu jener durch die Fritsch-Krise markierten Zäsur auf die ihm eigene Art „geworben“, und sein im Grunde stets unsicheres Gebaren ihnen gegenüber — jedenfalls bis 1938 — ist den wenigen und zurückhaltend taktierenden *sozialistischen Zirkeln* nicht verborgen geblieben. Hier wußte man nur zu klar, daß ohne die Waffenträger kein Umsturz, geschweige denn ein Neuaufbau bewerkstelligt werden könnte.

Diese Bezogenheit war grundlegend von Anfang an, was zugleich erklärt, daß es „reine“ Monographien über den Widerstand sozialistischer Gruppen schwerlich geben kann. Die Geschichte des sozialistischen Widerstandes in Deutschland ist, will man nicht in Einzelheiten stecken bleiben, eine Geschichte der „Querfronten“ und der Verbindungslinien gewesen — eine Erkenntnis, die nicht immer bequem sein mag. Andererseits hatten die führenden Persönlichkeiten dieser Kreise den Generalen und Obersten, ja selbst bürgerlichen Politikern zweifellos die größere politische Erfahrung voraus, das praktische Wissen um in bestimmten Augenblicken notwendig zu tuende Dinge — und den Kontakt zur Arbeiterschaft für den Fall, der einmal erforderlich werden würde. Bei den Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern und Führern der christlichen Arbeiterschaft, die im Laufe der 30er Jahre durch vorsichtige Fäden miteinander verbunden wurden, gab es keinen Konflikt um Eid und Gehorsam zu früherer oder späterer Stunde; sie waren Gegner Hitlers geblieben wie vor 1933, freilich mit dem Unterschied, daß sie sich inzwischen entschieden hatten, ihrem Verhalten und ihrer Aktivität andere Formen zu geben.

Es überrascht somit nicht, wenn sich die Literatur, auch die wissenschaftliche, auf diesem Sektor hauptsächlich im Genre der Biographie präsentiert. Es handelt sich um eine verhältnismäßig früh einsetzende Welle, ausgehend von Zeitungsartikeln der letzten 40er Jahre über die instruktive Aufsatzfolge Otto Johns in der Zeitschrift „Blick in die Welt“

<sup>16)</sup> C. Zuckmayer, Carlo Mierendorff, Porträt eines deutschen Sozialdemokraten, Berlin 1947.

<sup>17)</sup> H. Bohnenkamp, Gedanken an Adolf Reichwein, Braunschweig 1949.

<sup>18)</sup> W. Hammer, Theodor Haubach zum Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1955 (2. Aufl. 1956); J. A. Henderson, Adolf Reichwein. Eine politisch-pädagogische Biographie, Stuttgart 1958; J. G. Leithäuser, Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Köln 1962.

bis zu den ausführlicheren Würdigungen Carlo Mierendorffs und Theodor Haubachs durch Carl Zuckmayer<sup>16)</sup> oder Adolf Reichweins durch Hans Bohnenkamp<sup>17)</sup>. Noch umfangreichere Arbeiten über Haubach, Reichwein und Wilhelm Leuschner sind später veröffentlicht worden<sup>18)</sup>. Wir nennen ferner die Editionen überkommener Schriften, Reden, Briefe und anderer Aufzeichnungen, wie sie etwa Annedore Leber für ihren Mann Julius Leber<sup>19)</sup> und die Freunde Mierendorffs<sup>20)</sup> veranstaltet haben. Hier spielt das persönliche Vermächtnis und seine Bewahrung gegenüber der Öffentlichkeit eine betonte Rolle. Schließlich haben wir noch die Erinnerungsbücher der älteren Generation zu erwähnen, die sich im zeitgeschichtlichen Quellenfundus behauptet haben und teilweise zu unserer Thematik in Beziehung stehen: Adolf Keil (1947/48), Paul Löbe (1949), Carl Severing (1949/50), der christliche Gewerkschaftler Josef Joos (1958) und manche andere.

Indem wir von sozialistischer Opposition und sozialistischem Widerstand sprechen, drängt sich ein weiteres Problem auf. Ich meine die Frage der *politischen Aktionseinheit* als taktischer Notwendigkeit für den Kampf in der Gegenwart von „damals“ und als Konsequenz für ein künftiges Handeln am Tage „danach“. Wir wissen, daß in Österreich die innenpolitische Todfeindschaft der 30er Jahre sich, geläutert durch das gemeinsame Leid im KZ Mauthausen, nach 1945 zur Wiederaufbaugemeinschaft der beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ gewandelt hat, daß Jakob Kaiser, ehemals Exponent des linken Flügels der Christlichen Demokraten, zwischen 1945 und 1947 von Berlin aus die Meinung vertrat, die Widerstandsbewegung „als überparteiliche Gemeinschaft“ verpflichte dazu, die Aufgaben der Nachkriegszeit durch die Sammlung der leider wieder auseinanderstrebenden Kräfte zu meistern<sup>21)</sup>, und daß ebenfalls jenseits der Elbe beim zwangsweise erfolgten Zusammenschluß von SPD und KPD in der sowjetischen Zone (1946) der Hinweis auf die Gemeinsamkeit des zurückliegenden „antifaschistischen Widerstandskampfes“ zum Teil aufgeschlossene Ohren gefunden hat. Im letzteren Falle lag ein offener Wunsch an die

<sup>19)</sup> Julius Leber. Ein Mann geht seinen Weg. Reden, Schriften, Briefe, gesammelt u. hrsg. von seinen Freunden, Berlin, Frankfurt a. M. 1952.

<sup>20)</sup> In memoriam Carlo Mierendorff. Literarische Schriften. Mit einer Würdigung von K. Edschmid, Darmstadt 1947.

<sup>21)</sup> P. Kluge, a. a. O. (vgl. Anm. 11), S. 137.

Zeitgeschichte vor, der ernsthaft kaum in Erfüllung gehen konnte, denn Sozialisten und Kommunisten gingen nach 1933, in die Illegalität gedrängt und durch das Ausweichen ihrer Führungen ins Ausland geschwächt, auch weiterhin ihre getrennten Wege. „Nicht einmal in der Zeit der ‚Volksfront‘-Politik (1936—1939)“, schreibt Hans Rothfels, „trat eine wirkliche Verständigung ein“<sup>22)</sup>. Um so mehr legt natürlich die ideologisch bestimmte Geschichtsschreibung in der sowjetischen Zone Deutschlands heute Wert darauf, die wenigen kleinen militanten Sonderzirkel, die sich innerlich von den „überholten Parteibegriffen“ (Rothfels) gelöst hatten, sowie die geringen tatsächlichen Kontaktversuche zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten von lediglich örtlicher Bedeutung (am Ende des Krieges) in eine übergeordnete Verbindung mit den ebenfalls regional arbeitenden Sabotagegruppen kommunistisch gelenkter Kader zu bringen (Gruppen um Saefkow, Jacob, Bästlein u. a.)<sup>23)</sup>. Daß die KPD die einzige wirksame und dazu vom Volke beauftragte Trä-

gerin des deutschen Widerstandes gewesen sei, ist dort zu einem Dogma erhoben worden.

Eine Sonderstellung nimmt bis heute die Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ ein, gekennzeichnet etwa durch die Namen Harro Schulze-Boysen, Arvid und Mildred Harnack (auch Adam Kuckhoff gehörte dazu), die während des Krieges u. a. die Sowjetunion mit militärischen Nachrichten versehen hat. Anklägerische Schriften (so von dem früheren Generalrichter Manfred Roeder 1952) sind nicht ausgeblieben, und die Diskussion über die Rote Kapelle hat zweifellos unter bestimmten Erscheinungsformen des Kalten Krieges gelitten. Würdigende Worte für die Menschen dieser zahlenmäßig großen Gruppe hat Adolf Grimme gefunden<sup>24)</sup>, und auch Hans Rothfels hat ausdrücklich betont, daß eine „summarische Abschüttelung der Männer und Frauen dieses Kreises als bloße Kreml-Agenten und daher nicht zum Bereich der echten Opposition gehörig“ keineswegs am Platze sei.

## Goerdeler, die Kreisauer und Stauffenberg

Paul Kluge hatte wohl richtig beobachtet, als er in seinem erwähnten Forschungsbericht schrieb, daß mit dem „zunehmenden Machtverfall Deutschlands“ — der zeitlich mit den raumgewinnenden Erfolgen der Roten Armee im Frühling und Sommer 1944 koinzidierte — nicht nur „die Sozialdemokratie zur bisher vermiedenen Fühlung mit den Kommunisten gedrängt wurde“, sondern auch „die Stellung des ‚bürgerlichen‘ Flügels der Opposition sich immer mehr schwächte“<sup>25)</sup>. Hier ist bereits eine spätere Entwicklungsphase gemeint, der ein erst zögerndes, dann aber stetiges Anwachsen und vorsichtiges Fühlungnehmen von oppositionellen Zirkeln außerhalb der Wehr-

macht vorausgegangen war. Es handelte sich um Gruppen konservativer und bürgerlicher Herkunft, ja selbst um Einzelgänger, zu denen allen dann eine neue, im Lande sich bildende sozialdemokratische Führungsschicht gestoßen ist. So hatte die Opposition im „zivilen Rock“ kurz vor der Katastrophe durchaus zwei „Flügel“ aufzuweisen, einen bürgerlich-konservativen und einen kleineren, aber doch gewichtigen sozialistischen.

Auf die einzelnen Stufen des die Wehrmacht-Opposition einschließenden Sich-Zusammenfindens zwischen 1938 und 1944 brauchen wir an dieser Stelle nicht einzugehen. Denn obgleich „die“ große umfassende wissenschaftliche Darstellung noch fehlt, sind Genesis und Wachstum der zentralen Widerstandsgruppen heute gut dokumentiert, und der Historiker und Bibliograph seiner Disziplin sieht sich einer großen Zahl von Veröffentlichungen gegenüber: Erlebnisberichten, biographischen Versuchen und Einzelstudien. Wir nennen an erster Stelle die umfangreiche Arbeit Gerhard Ritters über Carl Goerdeler, eine Biographie der Mittelpunktfigur der zivilen Opposition<sup>26)</sup>, die zugleich breit genug angelegt ist, um den Widerstand in seiner

<sup>22)</sup> H. Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Fischer Bücherei, Bd. 198, Frankfurt a. M. 1958, S. 53.

<sup>23)</sup> Entsprechende Literaturangaben bei H. Brüdigam, Wahrheit und Fälschung. Das Dritte Reich und seine Gegner in der Literatur seit 1945. Versuch eines kritischen Überblicks, Frankfurt a. M. 1959, S. 48—51, einer Veröffentlichung des extrem links gerichteten Frankfurter Roederberg-Verlages (VVN).

<sup>24)</sup> A. Grimme, Widerstand vom Geiste her. Ein Wort der Erinnerung an Adam Kuckhoff, in: Sammlung 2 (1947).

<sup>25)</sup> P. Kluge, a. a. O. (vgl. Anm. 11), S. 157.

Gesamtheit in etwa erfassen zu können. Die konspirative Verbindung Goerdelers zu General Beck bestand seit den Frühjahrsmonaten 1938; die sechs Jahre der Zusammenarbeit sind auf das genaueste unter Beifügung eines wissenschaftlichen Apparates ausgeführt. Die ausführlichste Biographie über Ludwig Beck ist vor kurzem aus der Feder von Gert Buchheit erschienen<sup>27)</sup>. Ebenfalls als breitere Untersuchung war die Hamburger Dissertation von Dieter Ehlers über die „Methoden der Beck-Goerdeler-Verschö- rung“ (Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B III/1955 und B IV/1955) gedacht; inzwischen ist sie zu einem Buche ausgebaut worden<sup>28)</sup>. Die „Anfänge der Widerstandsbewegung“ hat Karl-Dietrich Bracher in einem Beitrag für die Herzfeld-Festschrift 1958 einleuchtend dargestellt.

Systematische Arbeitsabsichten lassen sich gegenüber der Tätigkeit des deutschen Diplomaten Adam von Trott feststellen, wobei zugleich die Verbindung von Männern des Widerstandes zum westlichen, damals feindlichen Ausland als Forschungsproblem angesprochen wird. In den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte“ finden sich zahlreiche von Hans Rothfels verfaßte oder veranlaßte Aufsätze und Dokumentationen über Trotts Beziehungen zum State Department bzw. über die Außenpolitik des Widerstandes überhaupt (1957, 1959, 1963 und 1964), deren Inhalt und sachlicher Ertrag grundsätzlich mit den Gedanken der genannten Studie von Krausnick und Graml über den „deutschen Widerstand und die Alliierten“ in Verbindung zu bringen sind. Auf diesem Gebiete ist eine größere Untersuchung wohl noch zu erwarten.

Taktisch nur in loser Verbindung zu der aktiveren Zentralgruppe um Beck und Goerdeler stehend, doch personell ein Reservoir von Trägern kühner Reformideen darstellend, bietet sich der Kreisauer Kreis immer noch einer tieferen Erforschung an, als es bisher geschehen ist. In ihm fanden sich, auf dem schlesischen Gute des Grafen Helmuth James von Moltke, Männer aus den verschiedensten Berufen und Lagern zusammen: Geistliche beider Konfessionen, Adlige, Bürger und Sozia-

listen wie Mierendorff und Haubach. Freilich, brauchbare Vorarbeiten sind bereits geleistet worden. Neben dem ausführlichen, schon frühzeitig erstatteten Bericht eines Überlebenden<sup>29)</sup> sind die kleineren Studien von Werner Münchheimer, Klaus Hornung und Hans Peters zu nennen<sup>30)</sup>. Das Institut für Zeitgeschichte unterstützt gegenwärtig eine Untersuchung über den Kreisauer Kreis, die von einem jungen niederländischen Historiker erarbeitet wird. Die sonst noch vorliegende Literatur beschränkt sich auf mehr oder weniger umfangreiche Biographien<sup>31)</sup> sowie auf Editionen von überkommenen Schriften, Briefen und Reden einzelner, wobei die Bemühungen Eberhard Bethges um den Nachlaß Dietrich Bonhoeffers an erster Stelle zu nennen sind<sup>32)</sup>. Auch die Briefe des Grafen Helmuth James von Moltke als ergreifendes Dokument seiner Haftzeit in Tegel sind herausgegeben worden<sup>33)</sup>. Als letztes sind kürzere Darstellungen und Erlebnisberichte, meist schon recht frühen Datums, zu erwähnen, wie sie sich z. B. auf das Wirken und Sterben des Jesuitenpaters Delp beziehen, weitere Materialien über Albrecht Haushofer, Aufzeichnungen des Gefängnis-pfarrers Pölchau (1949), Briefe Theo Haubachs (1947) und vieles andere mehr.

Ziehen wir eine Zwischenbilanz der literarischen und wissenschaftlichen Bemühungen um die während des Zweiten Weltkrieges sich zusammenfindende und erstarkende „zivile“ Säule des Widerstandes, dann werden Fragen deutlich, die auch hier skizziert werden müssen. Das unbestrittene Haupt der auf den

<sup>29)</sup> Th. Steltzer, Von deutscher Politik. Aufsätze und Vorträge, Frankfurt a. M. 1949.

<sup>30)</sup> W. Münchheimer, Die Verfassungs- und Verwaltungsreformen der deutschen Opposition gegen Hitler zum 20. Juli 1944, in: Europa-Archiv 5 (1950); K. Hornung, Die Reformpläne des Kreisauer Kreises. Ein Beitrag zur deutschen politischen Überlieferung, in: Gesch. Wiss. Unterr. 7 (1956); H. Peters, Die Verfassungs- und Verwaltungsreformbestrebungen innerhalb der Widerstandsbewegung gegen Hitler, Schriften d. Frhr. vom Stein-Gesellschaft, 1961.

<sup>31)</sup> M. Miller, Bolz. Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951; A. Krebs, Fritz Dietlof Graf von der Schulenburg, Hamburg 1964; H. Herzfeld, Johann Popitz. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Beamtentums, in: Festgabe für Fritz Hartung, Berlin 1958.

<sup>32)</sup> D. Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, München 1951; ders., Gesammelte Schriften, Bd. 1—4, München 1958—61.

<sup>33)</sup> H. J. von Moltke, Letzte Briefe aus dem Gefängnis Tegel, Berlin 1951.

<sup>26)</sup> G. Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954.

<sup>27)</sup> G. Buchheit, Ludwig Beck. Ein preußischer General, München 1964.

<sup>28)</sup> D. Ehlers, Technik und Moral einer Verschö- rung. 20. Juli 1944, Frankfurt a. M. 1964.

gewaltsamen Umsturz hinarbeitenden Gruppen war Carl Goerdeler. Für seinen Biographen Ritter ist er der „Staatsmann“ schlechthin, von dessen leitender Rolle Volk und Staat rettende Initiativen auch am Ausgange eines längst verlorenen Krieges hätten erwarten dürfen. Dieser Version ist vielfach widersprochen worden. Margret Boveri hat vor allem auf das soziologische Kriterium von „Alt“ und „Jung“ aufmerksam gemacht<sup>34)</sup> und will daher keineswegs der Generation der „Honoratioren“ um Goerdeler, sondern den dynamischen, jüngeren Elementen wie Stauffenberg, Leber, Trott und Moltke, den für eine modernere Denk- und Verhaltensweise Aufgeschlossenen, das Attribut des „Zukunftsträchtigen“ zubilligen. Denn — lassen wir einmal die sittlich-religiösen Motivationen zurücktreten — Goerdeler wollte zweifellos nach einem geglückten Attentat von dem „hier und heute“ der gegebenen, und das hieß der vorgeschrittenen Kriegs-Situation ausgehen, um sein Volk und das Deutsche Reich in mehrfacher Hinsicht zu „retten“, wobei man sogar auf „reichstreue“ Widerstandsgruppen in Wien glauben zu dürfen<sup>35)</sup>. Und hieraus läßt sich die Tendenz ableiten, daß Goerdeler nach Bestrafung der Schuldigen und unter Abbau des totalitären Apparates das politische Leben in der Hauptsache auf die rechtsstaatlichen Verhältnisse der Zeit vor 1933 zurückzuschrauben gedachte. Demgegenüber neigen heute viele Betrachter dazu, dem neuartigen und umstürzlerischen Denken der Kreisauer, die einigen sozialistischen Gedanken ebenso aufgeschlossen waren wie konservativ-revolutionären, ja die bloße Rückkehr zu den Formen des Weimarer Staates rundweg ablehnten, einen größeren Wertgehalt zuzuerkennen. Es wäre allerdings falsch, wollte man in der Rückschau nach mehr als zwanzig Jahren zu intensiv bei diesem nachträglich schärfer erkannten Nebeneinander von Methoden und Zielsetzungen verharren oder sich gar auf den Sturzacker politischer Spekulationen begeben. Denn wir dürfen zweierlei nicht vergessen: einmal überwogen während des zeitlichen Fortschreitens der Planungen zunächst die

moralischen und religiösen Impulse sowie der Gedanke an die Notwendigkeit einer „Tat“ an sich,

und zum anderen vermochten sich, was grobenteils auch für die Kreisauer gilt, diese Männer, die ja (von Ausnahmen abgesehen) kaum unter die Vollblutpolitiker herkömmlicher Prägung gerechnet werden konnten, einstweilen nur an ihrer Herkunft, Erziehung und dem eigenen persönlichen Erlebnisbereich zu orientieren.

Wenn es also darum ging, „die gerade in Deutschland so hohen Schranken traditioneller Loyalität und konventionellen Gehorsams zu durchbrechen“<sup>36)</sup>, dann mußte zwangsläufig auch den Fragen des Eides und den Bedenken gegenüber dem gefürchteten Odium des Verrats oder gar des „Dolchstoßes“ ein Vorab an Anstrengungen und Zeit geopfert werden. Und dieser stille Kraftaufwand ist gleicherweise bei den Alten wie bei den Jungen, bei den „Honoratioren“ wie bei den „Drängern“ festzustellen.

Der Höhepunkt in der Geschichte des Widerstandes war der 20. Juli 1944. Bezüglich der Ereignisse dieses Tages, seiner unmittelbaren Vorgeschichte und seiner tragischen Nachwirkungen haben wir zwei historiographische Erscheinungsformen vorzustellen: einmal die breit angelegte Darstellung, die in sich wiederum einen Gutteil Geschichte des Widerstandes birgt, mit der Schilderung des Tages als dramatischem Endpunkt, und zum anderen die — keineswegs überflüssige — Detailforschung. Voraufgegangen sind auch hier jene unzähligen Erlebnisberichte und kleineren Gedenkbetrachtungen, oft verstreut an heute schwer zugänglichen Stellen, besonders wenn es sich um Schrifttum der letzten 40er Jahre handelt. Zur ersten Gruppe zählen wir seit 1952 das Standardwerk von Eberhard Zeller („Geist der Freiheit“)<sup>37)</sup>. Neben diesem Buche steht an vergleichbaren Arbeiten nichts, wohl aber fanden sich Gegenstimmen aus dem Lager der Uneinsichtigen, wie etwa (nach Otto Ernst Remer, 1951) die Schrift von Hans W. Hagen (1958). Zellers Verdienst besteht darin, daß er alles damals gedruckte und ungedruckte Quellenmaterial

<sup>34)</sup> Margret Boveri, Der Verrat im 20. Jahrhundert, Bd 2: Für und gegen die Nation. Das unsichtbare Geschehen, Rowohlt's Dtsch. Enzyklopädie, Bd 24, Hamburg 1956, S. 13 und passim.

<sup>35)</sup> L. Jedlicka, Österreich und der 20. Juli 1944, in: Gewissen gegen Gewalt. Rückblick auf den 20. Juli 1944 (Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn 1964, S. 25.

<sup>36)</sup> H. Krausnick und H. Graml, Der deutsche Widerstand und die Alliierten (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst, Rotationsserie), Bonn 1962, S. 30; demnächst auch im Bd. II der Vollmacht des Gewissens (siehe oben S. 15).

<sup>37)</sup> E. Zeller, Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli. München 1952. (4. Aufl. 1964.)

aufgespürt und verwertet, und daß er vor allem den menschlichen Zügen und „Umrissen“ der Beteiligten, besonders der jüngeren Generation unter den Offizieren, eine ebenso liebevolle wie berechnete Aufmerksamkeit gewidmet hat. Für eine breitere Öffentlichkeitswirkung gedacht und anfangs der Zusammenstellung nach mehr als Materialsammlung aufgezogen, liegt ebenfalls seit 1952 ein inhaltsreiches Werk der Bonner Bundeszentrale vor<sup>38)</sup>.

Die zweite Gruppe der Darstellungen zum 20. Juli im engeren Sinne beginnt jetzt erst Gestalt anzunehmen. Auch sie setzt frühere, mehr oder weniger umfangreiche Detailschilderungen, etwa über den Ablauf von „Walküre“ (Veit Osas, 1953) oder örtliche Ereignisse (Wilhelm von Schramm und andere über Paris, A. Bernt über die Bendlerstraße, in: Gegenwart 11, 1956) fort. Im vergangenen Jahre sind in Zeitschriften Untersuchungen über den Verlauf des Staatsstreichversuches beim Ersatzheer, also in den einzelnen Wehrkreisen (Wehrwiss. Rdsch. 14, 1964), sowie zu Örtlichkeiten und Geschehnissen am 20. Juli im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ in minutiöser Genauigkeit erschienen (Vjh. Zeitgesch. 12, 1964). Beide Aufsätze stammen von Peter Hofmann und sind Ausschnitte aus einer größeren Arbeit, die im Auftrage der Stiftung „Hilfswerk 20. Juli 1944“ unternommen wird (siehe auch den dritten Beitrag dieser Ausgabe).

Sowohl in den Teilzusammenhang dieses Tages als auch in den Gesamtrahmen gehört eine Publikation, die vor wenigen Jahren in Deutschland einiges Aufsehen erregt hat und wobei gerade „gewisse Eigenheiten des publizistischen Echos selbst von zeitgeschichtlichem Interesse“ gewesen sind<sup>39)</sup>. Wir meinen die Edition der Kaltenbrunner-Berichte unter dem Titel „Spiegelbild einer Verschwörung“ durch das „Archiv Peter für Historische und Zeitgeschichtliche Dokumentation“<sup>40)</sup>. Die veröffentlichten Texte waren den Vertretern der Forschung bereits mehr

oder weniger bekannt; schon G. Ritter hatte die Berichte auf einer Amerika-Reise für sein Goerdeler-Buch heranziehen können. Später gelangten die Originale ins Bundesarchiv, nachdem ein Washingtoner Amt vor der Rückgabe einen Film für eigene Zwecke hergestellt hatte und seitdem Kopien verkauft, so auch an das genannte „Archiv Peter“.

Die Berichte selbst (es sind Begleitschreiben Kaltenbrunners zu den Vernehmungsergebnissen der Sonderkommission) und die beigefügten Anlagen geben nicht nur direkte oder verschachtelte Aussagen wieder, sondern auch jene Situationen einer verschärften Gestapo-Untersuchungshaft, die ein Mensch, kommt er nun davon oder nicht, im Angesicht von Folter und Anfechtung als die gefährdetsten Stationen seines Daseins bezeichnen muß. Können Aussagen und Niederschriften, die unter solchen Umständen entstanden sind (gleichgültig von wem oder durch wen), „Quellen“ sein? Wenn man die Frage bejahen will — trotz des begrenzten Erkenntniswertes —, dann genügt freilich die Aufbewahrung der Originale völlig, und es ist weder eine Publikation noch eine sonstige „Öffentlichmachung“ erforderlich, die in diesem Falle einem peinlichen Gewaltakt gleichkam. Man druckte nämlich die Berichte nicht nur kommentarlos ab, sondern ließ auch in hohem Maße die in der Wissenschaft üblichen editorischen Grundsätze vermissen. Daher haben aus methodischen und sachlichen Gründen sowie in Ansehung der Gefahr, daß später einmal eine oberflächlichere Beurteilung des deutschen Widerstandes hiervon ihren Ausgang nehmen könnte, zahlreiche Historiker gegen die verantwortungslose Art einer solchen Veröffentlichung Stellung genommen<sup>41)</sup>.

Daß in der sowjetischen Zone Deutschlands die Version von der „Klassenbefangenheit“ und somit vom reaktionären Wesensgehalt des Widerstandes seit Jahren hochgespielt und propagandistisch ausgewertet wird, ist bekannt. Lediglich bei der Person des Grafen Claus Schenk von Stauffenberg machte man von Anfang an eine auffallende Ausnahme. In Ost-Berlin hielt man es sogar für opportun, den erst relativ spät zum Kreise der Verschwörer stoßenden und zunächst am Rande des Kreises bleibenden Akteur Stauffenberg

<sup>38)</sup> 20. Juli 1944 (1. u. 2. Aufl.: Bearb. von Hans Royce), neu bearb. und ergänzt von Erich Zimmermann und Hans-Adolf Jacobsen, hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn 1960.

<sup>39)</sup> H. Rothfels, Zerrspiegel des 20. Juli, in: Vjh. Zeitgesch. 10 (1962), S. 62.

<sup>40)</sup> Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944, hrsg. vom Archiv Peter für Historische und Zeitgeschichtliche Dokumentation, Stuttgart 1961.

<sup>41)</sup> Vgl. hierzu etwa H.-A. Jacobsen, in: Das Parlament vom 8. November 1961, sowie H. Booms, in: Der Archivar 15 (1962), Heft 1.

zu einer exzeptionellen Figur des „wahren Fortschritts“ zu dekretieren — nicht um einer Heroisierung willen, sondern um in der ideologischen Beurteilung die übrigen tragenden Männer des Widerstandes bürgerlicher und konservativer Herkunft um so härter treffen zu können. Derartige Manipulationen kommen indessen einer Verfälschung der Geschichte gleich. Über Stauffenberg als Menschen besitzen wir gediegene Orientierungsmöglichkeiten in dem Buche Eberhard Zellers (ein separater Abdruck des Stauffenberg-Kapitels der 4. Auflage auch in den Vjh. Zeitgesch. 12, 1964) sowie neuerdings in dem knapp gehaltenen biographischen Versuch Bodo Scheurigs<sup>42)</sup>.

Als Stauffenberg die Bombe legte, wußte er längst, daß im Sinne seines Handelns nicht nur die Tötung des Tyrannen, sondern auch

die Bereitschaft zum eigenen Opfergang eingeschlossen lag. Und neben ihm und vor ihm dachten viele andere genau so. Von Henning von Tresckow, der die Attentate vor der Zeit Stauffenbergs geplant hatte und sicher — obschon General — mehr den „Jungen“ zuzurechnen ist, wurde uns folgendes Wort überliefert:

Wenn einst Gott Abraham verheißen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, daß Gott auch Deutschland um unseretwillen nicht verderben wird. Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. Wer in unseren Kreis getreten ist, hat damit das Nessushemd angezogen. Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben<sup>43)</sup>.

## Die Opposition der Jugend und Kirchen

Einsatz als Beispiel, wie er wohl, um mit Walter Bußmann zu sprechen, nur in der Gewißheit des christlichen Glaubens möglich sein kann, wurde auch in jenen Vorgängen offenbar, die sich im Frühjahr 1943, nach der Niederlage in Stalingrad, im akademischen Leben Münchens abgespielt haben. Hier ging es nicht um Politik und Staatsaktionen, und eine Verbindung zu all den Menschen, die wir bisher genannt und gewürdigt haben, hat nicht bestanden. Der Widerstand bekundete sich hier vielmehr als eine Aufspaltung der Gewissensnot junger Menschen von innen, als Protest der reinen Gesinnung gegen das Unmenschliche des Regimes, zum Ausdruck gebracht in den „Flugblättern der weißen Rose“. Auch dieser Aufschrei war Widerstand „vom Geiste her“, ja vielleicht sogar „von der Seele her“. Die Berichterstattung der Überlebenden jenes Kreises hat dafür

gesorgt, daß er nicht Episode des Kriegsgeschehens geworden ist. Bis heute bietet das Büchlein von Inge Scholl, der Schwester der hingerichteten Studentin Sophie Scholl, unter dem Titel „Die weiße Rose“<sup>44)</sup> einen eindrucksvollen Zugang zur Erlebnis- und Verhaltenswelt ihrer Freunde einschließlich des verehrten Lehrers und ebenfalls zum Tode verurteilten Professors Huber. Nachdem dem Schollschen Bande bereits die Texte der Flugblätter beigegeben waren, ist in der letzten Zeit eine ergänzende Dokumentation, besorgt von Klaus Vielhaber, erschienen<sup>45)</sup>, mit Texten aus Briefen, Tagebüchern und Gerichtsakten.

Die Zugehörigkeit Hans Scholls und Willi Grafts auch nach 1933 zu (getarnten) bündischen bzw. katholischen Jugendvereinigungen führt uns auf das weite Feld des *Jugendwiderstandes* überhaupt. Bei großzügiger und breiter Auslegung dieses Begriffes sind Möglichkeiten und Gestaltwerdung natürlich auch in den Resten der Arbeiterjugend anzutreffen gewesen, doch konnte er sich in konzen-

<sup>42)</sup> B. Scheurig, Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Berlin 1964 (Köpfe des XX. Jahrhunderts, S. 33).

<sup>43)</sup> Überliefert durch Fabian von Schlabrendorff, zitiert bei W. Bußmann, Die innere Entwicklung des deutschen Widerstandes gegen Hitler (Beiträge zu Zeitfragen), Berlin 1964, S. 30.

<sup>44)</sup> I. Scholl, Die weiße Rose, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 1952.

<sup>45)</sup> K. Vielhaber (Hrsg.), Gewalt und Gewissen. Willi Graf und die „Weiße Rose“, Freiburg i. Br. 1964 (Herder Bücherei).

trierter, wenngleich mehr passiver und vor allem jugendgemäßer Form am ehesten noch in den konfessionell orientierten Gruppen bzw. deren Überbleibseln auswirken. Einen Einblick geben uns die Dokumentation über katholische Jugendverbände und Jungmännervereinigungen während der nationalsozialistischen Zeit (Roth 1959, Oertel 1960) sowie eine zusammenfassende Würdigung (mit Schwerpunkt Hessen) von Arno Klönne<sup>46)</sup>. Die Arbeiten von Manfred Priepke und Dieter von Lersner<sup>47)</sup> beziehen sich speziell auf das Schicksal und die Konfliktsituationen, die nach 1933 den evangelischen Jugendorganisationen durch Verbot und polizeiliche Überwachung entstanden sind. Sie führen uns zugleich zu den letzten der Erscheinungsformen des Widerstandes, die wir hier zu behandeln haben.

Die Opposition deutscher Menschen auf dem Gebiete des Glaubens und im Rahmen überkommener oder gewaltsam gestörter kirchlicher Organisationen und Religionsgemeinschaften war von besonderer Art, mag es auch einzelne Bekenner wie Delp, Bonhoeffer und Gerstenmaier weit in andere, in außerkirchliche und politische Sphären verschlagen haben. Aber gerade sie stellen auch die geistige Verbindung dar zwischen den Männern der äußeren Aktionen und Reformbestrebungen auf der einen und den Eigentümlichkeiten des Kirchenkampfes auf der anderen Seite. Die Kirchen, um es in Bausch und Bogen zu sagen, versuchten sich nicht nur dem Mechanismus der „Gleichschaltung“ zu entziehen, sondern widersetzten sich auch, soweit es in ihren Möglichkeiten lag, dem offenen oder versteckten Vorgehen Hitlers, seiner Ideologen und seiner Gauleiter gegen den christlichen Glauben. Über die „Fronten“ konnte bald kein Zweifel mehr bestehen, denn die gegen die sog. „Deutschen Christen“ und die Bevormundung „von oben“

---

<sup>46)</sup> A. Klönne, *Gegen den Strom. Bericht über den Jugendwiderstand im Dritten Reich*, Hannover u. Frankfurt a. M. 1957.

<sup>47)</sup> M. Priepke, *Die evangelische Jugend im NS-Staat von 1933 bis 1936*, Diss., Marburg 1957; D. Frhr. von Lersner, *Die evangelischen Jugendverbände Württembergs und die Hitler-Jugend 1933 bis 1934*, Göttingen 1958.

entstandenen evangelischen Bekenntnisgemeinden (seit 1933/34) sowie die Enzyklika Papst Pius' XI. „Mit brennender Sorge“ (1937) haben damals die unvermeidliche Auseinandersetzung mit der Staatsmacht offenbar gemacht. Die mutigen Proteste besonders von Geistlichen der beiden großen Konfessionen führten in den meisten Fällen zu KZ-Haft (Martin Niemöller) und sehr oft auf den Weg ins Martyrium.

Die genannte Studie Lersners gehört zu einer 1958 angelaufenen Publikationsreihe unter der Bezeichnung „Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes“. Sie werden betreut und herausgegeben von der „Kommission der Evangelischen Kirche in Deutschland für die Geschichte des Kirchenkampfes“, welche von dem Hamburger Kirchenhistoriker Kurt Dietrich Schmidt ins Leben gerufen worden ist. In den vierzehn bislang vorliegenden Bänden wird eine breite Problematik angesprochen: vom Versuch des Regimes, in den Ostgebieten wie dem Warthegau die Kirche rechtlich zu knebeln, indem man ihr den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes zu entziehen suchte (als Modellfall für weitere im sog. Altreich geplante Maßnahmen), bis hin zur religiösen Existenznot der Bekennenden Kirche, deren Synoden durch zahlreiche quellenkritische Untersuchungen eine Aufhellung finden. Sehr oft fußen diese Darstellungen auf Materialien, die in dem bekannten Kirchenkampf-Archiv des Bielefelder Pfarrers Wilhelm Niemöller gesammelt worden sind. Auch aus seiner Feder stammen zwei wichtige Veröffentlichungen<sup>48)</sup>.

Im übrigen ist die Zahl des Einzelschrifttums Legion. Sein Erscheinen (Erlebnisberichte, Betrachtungen) setzte sogar verhältnismäßig früh ein, zum Teil schon 1945, da die Kirchen und ihre Bischöfe in der staatslosen und meinungsscheuen ersten Nachkriegszeit in Deutschland allein so etwas wie „Führung“ und „Stimme“ zu repräsentieren vermöchten. Bekannt sind die Broschüren des Herder-Verlages („Das christliche Deutschland 1933—1945“) mit je einer evangelischen und katho-

---

<sup>48)</sup> W. Niemöller, *Die evangelische Kirche im Dritten Reich. Handbuch des Kirchenkampfes*, Bielefeld 1956; ders., *Aus dem Leben eines Bekenntnis-pfarrers*, Bielefeld 1961.

lischen Reihe, ferner nennenswert von katholischer Seite die Bücher von J. Neuhäusler, F. Strobel und F. Muckermann<sup>49)</sup>. Diesen Werken schlossen sich später Lebensbilder von Blutzügen an (Boesmler über Rupert Mayer, 1950; Alfons Erb über den Dompropst

Lichtenberg, 1949; Walter Adolph über Erich Klausener, 1955, um nur einige zu nennen) sowie zahlreiche Dokumentationen von zentraler Bedeutung oder in den historischen Zeitschriften der einzelnen Diözesen (besonders Berlin, auch Würzburg und anderswo).

## Gesamtwürdigungen

Alle Einzelgebiete des Widerstandes, die wir bislang behandelt haben, finden sich in den *zusammenfassenden Darstellungen*, in biographischen Sammelwerken und in Querschnitt-Editionen wieder. Wenn vor zwei Jahren der deutsche Widerstand nun auch in Arbeiten ausländischer Historiker (John M. McCloy jr. und Maurice Baumont) eine objektive und nachdrückliche Würdigung erfahren hat<sup>50)</sup>, sind damit Wünsche und Hoffnungen Hans Rothfels' in Erfüllung gegangen, der wie kein anderer Vertreter der deutschen Geschichtswissenschaft bemüht ist, seit Kriegsende die „Hindernisse auf dem Wege zur Wahrheit“ in Sachen Widerstand fortzuräumen. Daß auch von Allen Welsh Dulles hierzu ein zeitiger Versuch unternommen worden ist („Germany's Underground“, dt. 1948), hat er dem Mitglied des amerikanischen OSS (Office of Strategic Services) deutlich bescheinigt<sup>51)</sup>. Rothfels' schon 1947 konzipierte Studie, zunächst in den USA erschienen und jetzt in der Bundesrepublik weit verbreitet (Fischer Bücherei Bd. 198), mit dem Titel „Die deutsche Opposition gegen Hitler“, hat in der gegenwärtigen, neubearbeiteten Fassung als Standardwerk zu gelten, zugleich jedoch als „Quelle“, aus welcher man „den Stand der internationalen Erörterung in den

ersten Nachkriegsjahren zu erkennen vermag“ (S. 9). Trotz frühem Erscheinungsdatum sind weiterhin die Bücher von Rudolf Pechel und Günter Weisenborn immer noch anregend und im ganzen gesehen kaum überholt<sup>52)</sup>. Und als Ergänzungswerke zur Gesamtheit des Widerstandes sind schließlich die Bände „Du hast mich heimgesucht bei Nacht“<sup>53)</sup> und „Das Gewissen steht auf“<sup>54)</sup> zu nennen; der letztere hat unter dem Titel „Das Gewissen entscheidet“ noch eine Fortsetzung erhalten.

Das Gewissen hat tatsächlich entschieden, und diese Entscheidung des einzelnen, der Wille wieder zum Handeln „ohne Hoffnung auf Gewinn“, und die stille Bereitschaft aller Beteiligten, das Nessushemd zu tragen, treffen überall in der Welt auf Achtung und Würdigung. Die deutsche Forschung aber, auch an dieser Stelle sei es gesagt, ist sich darüber im klaren, daß „Existenz und Handeln eines deutschen Widerstandes“ niemals „als simples Alibi für die im Namen Deutschlands vom Hitler-Regime begangenen Verbrechen gelten“ können<sup>55)</sup>. Sie weiß weiter, daß am 20. Juli 1944 nicht etwa ein — in den Augen

<sup>49)</sup> J. Neuhäusler, Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand, 2. Aufl., Bd. 1 u. 2, München 1946; F. Strobel, Christliche Bewährung. Dokumente des Widerstandes der katholischen Kirche 1933—1945, Olten 1946; F. Muckermann, Der deutsche Weg. Aus der Widerstandsbewegung der deutschen Katholiken von 1930 bis 1945, Zürich 1946.

<sup>50)</sup> J. M. McCloy jr., Die Verschwörung gegen Hitler. Ein Geschenk an die deutsche Zukunft, Stuttgart 1963; M. Baumont, La grande conjuration contre Hitler, Paris 1963.

<sup>51)</sup> Besprechung der amerikanischen Ausgabe durch H. Rothfels, in: Hist. Z. (1949), S. 133—135.

<sup>52)</sup> R. Pechel, Der deutsche Widerstand, Erlenbach — Zürich 1947; G. Weisenborn (Hrsg.), Der lautlose Aufstand. Dokumentarischer Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933 bis 1945, Hamburg 1952.

<sup>53)</sup> Du hast mich heimgesucht bei Nacht. Abschiedsbriefe und Aufzeichnungen des Widerstandes 1933 bis 1945, hrsg. von H. Gollwitzer, Käthe Kuhn und R. Schneider, München 1954.

<sup>54)</sup> Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933—1945, gesammelt von Annedore Leber in Zusammenarbeit mit W. Brandt und K. D. Bracher, Berlin 1954; Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstandes von 1933 bis 1945 in Lebensbildern, hrsg. von Annedore Leber in Zusammenarbeit mit W. Brandt und K. D. Bracher, Berlin 1957.

<sup>55)</sup> H. Krausnick und H. Graml, a. a. O. (vgl. Anm. 36), S. 29.

Fernstehender vielleicht längst fällig gewesen — „republikanischer“ oder „demokratischer“ Gegenstoß erfolgt ist. Dazu hätte es personeller und ideeller Voraussetzungen bedurft, die infolge der Umstände, unter denen der Weimarer Staat abstarb und das Regime der NSDAP sich befestigen konnte, einfach nicht mehr gegeben waren. Die klangvollen Namen adliger Verschworener und der geistige Gehalt der Kreisauer könnten allenfalls, wenn man so will, den Eindruck mancher Beobachter bestätigen, daß hier neben anderen Kräften auch ein Restbestand spezifisch preußischer Substanz — zum letzten Male — historisch wirksam geworden ist. Dies

freilich in der Sinngebung eines *Neubeginnens* und vielleicht sogar als Bestandteil einer allgemeinen geistig-sittlichen „Erneuerungsbewegung“<sup>56)</sup>, denn wer das Unmoralische jenes Regimes erkannte und seinen Sinn für die Würde des Menschen neu zu schärfen vermochte, für den konnte auch ein Weg zur ungehinderten und klaren Erfassung freiheitlicher, demokratischer und sozialer Wertmaßstäbe nicht mehr beschwerlich sein.

---

<sup>56)</sup> K. O. von Aretin, Der Beitrag der Forschung zur politischen Bedeutung des Widerstandes, in: Frankf. Hefte 17 (1962), S. 528, in Wiedergabe Rothfelscher Gedankengänge.

## Der 20. Juli im Wehrkreis II (Stettin)

### Ein Beispiel für den Ablauf des Staatsstreichversuches im Reich

Der Staatsstreichversuch des 20. Juli 1944 ist vor allem und hauptsächlich daran gescheitert, daß Hitler das Attentat Stauffenbergs überlebte. So war der „eidfreie Zustand“, die Grundvoraussetzung für die Beteiligung vieler hoher Offiziere in entscheidenden Stellungen, nicht geschaffen worden. Es waren aber auch die Befehlsverhältnisse im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ bei Rastenburg in Ostpreußen unverändert geblieben, und zahlreiche wichtige, von den Verschwörern geplante Maßnahmen konnten deshalb überhaupt nicht ergriffen werden. So ist vor allem die nachrichtentechnische Isolierung des Hauptquartiers nur insoweit und nur so lange gelungen, als sie ohnehin im Sinne der zunächst einigemaßen konsternierten obersten Führung der Wehrmacht lag. Schon gegen 15 Uhr war die Sperre wieder aufgehoben<sup>1)</sup>. Dazu kam noch, daß die Verschwörer in der Berliner Zentrale, im OKH in der Bendlerstraße, erst etwa um 15 Uhr erfuhren, daß das Attentat überhaupt stattgefunden hatte, und erst gegen 16 Uhr hörten sie von Stauffenberg, der

inzwischen nach Berlin zurückgekehrt war, daß Hitler tot sein müsse<sup>2)</sup>.

Dadurch war eine sehr bedeutsame Verzögerung der geplanten Maßnahmen eingetreten. Es kann nicht entschieden werden, ob der Staatsstreich hätte gelingen können, wären die geplanten Maßnahmen statt erst nach 16 Uhr schon zwischen 13 und 14 Uhr angefallen. Sicher ist aber, daß die Verschleppung die Erfolgchancen verringert hat<sup>3)</sup>.

So war es möglich, daß die Gegenbefehle der fast völlig intakt gebliebenen Führung des Dritten Reiches den Befehlen der Verschwörer sehr rasch folgten oder sogar noch vor diesen in den militärischen Machtzentren des Reichsgebietes eintrafen. Es gab aber auch noch andere Gründe dafür, daß die Befehle der Bendlerstraße gar nicht, kaum oder nur sehr zögernd ausgeführt wurden. Sie liegen in Umständen, die daran zweifeln lassen, ob der Umsturz gelungen wäre, selbst wenn die Befehle dazu früher hinausgegangen wären. Die Vorgänge im Wehrkreis II mögen hierfür als Beispiel dienen.

### Voraussetzungen zum militärischen Widerstand

Seit dem Untergang der 6. Armee in Stalingrad war weithin im Reiche die Hoffnung auf einen glücklichen oder gar siegreichen Ausgang des Krieges geschwunden, jedenfalls bei vielen höheren Offizieren des Ersatzheeres,

die einen größeren Überblick als die Frontkommandeure hatten. Auch im Wehrkreis II, also in Pommern und Mecklenburg, war das der Fall. Stellvertretender Kommandierender General des II. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis II war hier General der Infan-

<sup>1)</sup> Siehe hierzu Peter Hoffmann, Zu dem Attentat im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ am 20. Juli 1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Heft 3/1964, S. 278—82.

<sup>2)</sup> Aussage von Generaloberst Erich Hoepner im Prozeß vor dem Volksgerichtshof, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, B. XXXIII (künftig abgekürzt IMT für International Military Tribunal), Nürnberg 1949, S. 399—401.

<sup>3)</sup> Die Gründe für den Zeitverlust konnten bisher nicht ganz geklärt werden. U. a. konnte man nach dem Fehlstart vom 15. Juli, als man die Maßnahmen zur Besetzung der Schlüsselpositionen in Berlin schon vor dem mutmaßlichen Zeitpunkt des Attentats hatte anlaufen lassen und sie dann nur sehr schwer wieder hatte vertuschen können, nicht noch einmal ein solches Risiko eingehen (IMT XXXIII,

S. 394; Spiegelbild einer Verschwörung, Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944, Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, hrsg. vom Archiv Peter für historische und zeitgeschichtliche Dokumentation, Stuttgart 1961 [künftig zit. als KB], S. 35, 45). Ein weiterer Grund ist, daß Fellgiebels Mitteilung aus der „Wolfsschanze“ General Olbricht in Berlin lange nicht erreicht hat; sie muß im Büro des Chefs der Amtsgruppe Wehrmacht-Nachrichten-Verbindungen (WNV) in der Bendlerstraße, Generalleutnant Fritz Thiele, angekommen, dort aber steckengeblieben sein: Professor Dr. Helmut Arntz (damals als Oberleutnant Ordonanzoffizier beim Chef WNV und HNV General Erich Fellgiebel), mündliche Mitteilungen an den Verfasser vom 21. Nov. 1964, Niederschrift im Besitz des Verf., S. 4—6.

terie Werner Kienitz. Er hatte das XVII. Armeekorps nach dem 1. April 1938 in Wien aufgestellt und es bis zum 1. Mai 1942 an der Ostfront geführt<sup>4)</sup>. In Stettin kam es nun zu einer so lähmenden Unruhe, daß die Mitarbeiter des Befehlshabers ihn drängten, dieser Stimmung entgegenzutreten. Kienitz selbst wußte seit dem Winter 1941/42 aus eigener Anschauung, daß die deutschen Armeen den riesigen russischen Raum auf die Dauer nicht würden halten können, nachdem 1941 die Initiative an den Gegner übergegangen war. Die Vorstöße des Jahres 1942 fand er zwar erstaunlich, aber seine Skepsis konnten sie nicht beseitigen, und die Katastrophe von Stalingrad hat ihm ja dann auch recht gegeben<sup>5)</sup>. Auch die Tagung („nationalpolitischer Lehrgang“) aller Wehrkreisbefehlshaber und der höheren Führer der im Reichsgebiet stehenden Verbände der Marine und Luftwaffe in Bad Schachen am Bodensee im Herbst 1943 hat General Kienitz nicht zuversichtlicher gemacht. Der Propagandaminister Goebbels, also ein militärischer Nichtmachmann, hielt den Vortrag über die militärische Lage — für die versammelten hohen Offiziere ein grotesker Vorgang. Kienitz war natürlich, wie die meisten Soldaten „der alten Schule“, die den überlieferten Ehr- und Anstandsbegriffen anhängen, entsetzt, als Hitler in seinem, den Lehrgang abschließenden Vortrag in der „Wolfsschanze“ die Generale aufforderte, sich die letzten Gedanken an Ritterlichkeit der Kriegführung endlich aus dem Herzen zu reißen.

Als bald darauf ein Erlaß von Goebbels, der abgeschossene Flieger der Alliierten der Wut der Bevölkerung auslieferte, sich in einer Weisung des OKW niederschlug, daß Soldaten bei solchen Racheakten der Zivilbevölkerung nicht in den Arm fallen dürften, reagierte General Kienitz ebenfalls in einer im Sinne der Tradition soldatischen Anstandes typischen Weise. Er versammelte nämlich nacheinander in drei Kommandeurbesprechungen in Belgard, Stettin und Schwerin alle Offiziere und Wehrmachtbeamten, die im Wehrkreis II führende Stellungen bekleideten, und las ihnen den Erlaß des OKW vor. Der Erlaß sei so aufzufassen, erklärte Kienitz anschließend,

<sup>4)</sup> Wolf Keilig, Das deutsche Heer 1939—1945, Gliederung — Einsatz — Stellenbesetzung, Bad Nauheim 1956 ff., Bd. II, S. 211, S. 162; Werner Kienitz, Der Wehrkreis II vor dem Zusammenbruch des Reiches, Erlebnisse und Betrachtungen [Ms], Hamburg 1953, Bundesarchiv, Ost-Dok. 8 Po 22, S. 1.

<sup>5)</sup> Kienitz a. a. O., S. 1—5, auch zum Folgenden.

daß es Angehörigen der Wehrmacht verboten sei, sich an solchen Racheakten zu beteiligen. Selbstverständlich gelte das Verbot, der Zivilbevölkerung in den Arm zu fallen, nur so lange, als der gegnerische Soldat noch nicht Gefangener eines deutschen Soldaten sei; sei er das aber, so sei er als wehrloser feindlicher Soldat mit allen Mitteln zu schützen, auch gegen Deutsche und auch mit Hilfe der Waffe.

Der Chef des Generalstabes — seit 1. November 1942 —, Oberst i. G. Hans-Heinrich Staudinger, stammte wie sein Befehlshaber aus der Tradition des kaiserlichen Heeres. Im gleichen Hörsaal mit Manstein und Guderian besuchte er die Kriegsakademie. Er war bis 1916 in der Truppe an der Front und anschließend als Generalstabsoffizier eingesetzt, wurde 1920 auf seinen Antrag aus dem Reichswehrministerium entlassen und 1936 über den Ergänzungs-Offizier reaktiviert<sup>6)</sup>. Auch Staudinger beurteilte die Kriegslage sehr skeptisch; wie sein Befehlshaber sah er sie, seit der russischen Offensive vom 22. Juni 1944 und dem darauffolgenden Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte, ferner seit die alliierte Landung in der Normandie gelungen und nicht mehr rückgängig zu machen war, als hoffnungslos an<sup>7)</sup>.

Man möchte annehmen, daß bei diesen beiden entscheidenden Persönlichkeiten des Wehrkreises II alle nötigen Voraussetzungen für die Beteiligung an einem Umsturz gegeben waren, der in ihren Augen jedenfalls das Ziel haben konnte, den verlorenen Krieg zu beenden, ehe Deutschland vollends zerstört war. Es wird sich aber zeigen, daß einer solchen Beteiligung auch gewichtige Hemmnisse im Wege standen, die ebenfalls, wie die im Sinne der Verschwörer günstigen Voraussetzungen, in der soldatischen Tradition begründet lagen: der Befehlshaber, General Kienitz, der schließlich für das Geschehen im Wehrkreis II verantwortlich war, bekannte sich in seinen im Mai 1953 geschriebenen Erinnerungen zu der Auffassung, daß ein Eid nicht gebrochen werden könne und daß ein Soldat nicht rebellieren dürfe. Der Chef des Generalstabes fand zwar, daß Hitler nach allem, was geschehen war, diese Treue nicht mehr beanspruchen könne; für Oberst Staudinger aber bestand das Hemmnis, das ihm die Beteiligung verbot, in der Aussichtslosigkeit jeglicher Aktion, nachdem das Attentat mißglückt war.

Es war natürlich nicht leicht für die Verschwörer, Mitarbeiter in Schlüsselstellungen im Reichsgebiet zu gewinnen und auf den Staatsstreich vorzubereiten. In manchen Fällen konnte sich Oberst i. G. Graf von Stauffenberg, seit 1. Juli 1944 Chef des Stabes beim Befehlsaber des Ersatzheeres, auf Jahrgangskameraden verlassen, mit denen er auf der Kriegsakademie Freundschaft geschlossen hatte, und für die alles, was von ihm kam, auf jeden Fall „seine Richtigkeit“ hatte, oder es war hie und da gelungen, Bereitschaft zur Unterstützung einer neuen Führung unter der Voraussetzung zu finden, daß Hitler beseitigt wäre<sup>8)</sup>. Aber im allgemeinen konnte man doch über Andeutungen nicht hinausgehen und mußte hoffen, daß die pessimistische Beurteilung der Kriegslage, die ja bei vielen hohen Offizieren leicht festzustellen war, im entscheidenden Augenblick ein übriges tun würde.

Am 10. Juli 1944 fand auf Veranlassung des Chefs der Heeresrüstung und Befehlshabers des Ersatzheeres (Chef H. Rüst u. BdE), Generaloberst Fritz Fromm, in Krampnitz bei Potsdam eine Tagung der Befehlshaber in den Wehrkreisen statt, bei der teilweise auch die Chefs und andere Stabsoffiziere zugegen waren<sup>9)</sup>. Fromm schilderte in seinem Vortrag mit klaren Worten die ernste Lage an den Fronten, vermied es jedoch, die volle Wirklichkeit und ihre Konsequenzen auszusprechen. Anschließend an den Vortrag bemühten sich General der Infanterie Friedrich Olbricht, Chef des Allgemeinen Heeresamtes (AHA), und Oberst Graf von Stauffenberg, möglichst viele der Anwesenden — es war ja der Tag vor einem Versuch Stauffenbergs, das Atten-

tat auszuführen<sup>10)</sup> — auf die kommenden Ereignisse vorzubereiten. Auch Kienitz wurde von Stauffenberg und Olbricht auf „die Lage“ angesprochen, die noch viel ernster sei, als Fromm sie geschildert habe; es müsse sogar in absehbarer Zukunft mit der Verhängung des Ausnahmezustandes gerechnet werden<sup>11)</sup>.

Diesen Hinweis hat General Kienitz damals ganz einfach nicht verstanden. Als altem deutschen Offizier ist ihm auch nur der Gedanke an einen Militärputsch gegen die oberste Führung des Reiches, wie er selbst berichtet, „trotz aller Bedenken gegen diese und trotz aller Sorgen um die Zukunft Deutschlands“ und obgleich er Hitler und seinen Anhang haßte, überhaupt nicht in den Sinn gekommen<sup>12)</sup>. Freilich, wenn irgend jemand Hitler umgebracht hätte oder wenn der Diktator einem Unfall, einem Luftangriff oder dergleichen zum Opfer gefallen wäre und wenn dann verantwortliche militärische Führer die Exekutive in die Hand genommen und dabei von den Befehlshabern im Reichsgebiet Unterstützung verlangt hätten — das wäre eine ganz neue Situation gewesen, in der sehr wohl die Frage gestellt werden konnte, wem man nun Loyalität schuldig war, der bisherigen des „Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht“ beraubten Regierung oder der neuen Exekutive. Ein militärischer Ausnahmezustand hätte eine wenigstens vorläufige Übernahme der Gewalt durch das Militär bedeutet, aber Hochverrat wäre das unter solchen Umständen nicht gewesen. Dies etwa wird als die Einstellung von Kienitz und Staudinger zu vermuten sein, wenn sie auch vor dem 20. Juli gar nicht so weit dachten<sup>13)</sup>.

<sup>6)</sup> Oberst i. G. a. D. Hans-Heinrich Staudinger an den Verf. 31. Okt. 1964.

<sup>7)</sup> Vgl. Hans-Adolf Jacobsen, 1939—1945, Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darmstadt 1959, S. 49; Kienitz a. a. O., S. 5; Staudinger an den Verf.

<sup>8)</sup> Vgl. Peter Hoffmann, Zum Ablauf des Staatsstreichversuches des 20. Juli 1944 in den Wehrkreisen, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 14 (1964), S. 382, 384, 390; Ludwig F. Jedlicka, Der 20. Juli 1944 in Wien, III, Am Beispiel Robert Bernardis', in: Die Furche [Wien] 3. Aug. 1963, S. 3.

<sup>9)</sup> Kienitz a. a. O., S. 6; Generalmajor a. D. Anton Glasl (damals als Oberst i. G. zur Einarbeitung als Chef des Generalstabes ins Stellvertretende Generalkommando XVIII. A. K. nach Salzburg kommandiert), mündliche Mitteilungen an den Verf. vom 4. Dez. 1964, Niederschrift im Besitz des Verf., S. 3.

<sup>10)</sup> IMT XXXIII, 388—94; KB, S. 130.

<sup>11)</sup> Kienitz a. a. O., S. 6; Oberst a. D. Walther Schroeder (damals Ila im Stv. Gen. Kdo II. A. K.) an den Verf. 9. Nov. 1964. Schroeder hatte schon im Juni 1944 bei einem Herrenabend des Wehrkreiskommandos im Artilleriekasino in Stettin von dem Ende August als Beteiligten der Verschwörung hingerichteten Oberst Friedrich Jäger, dem Kommandeur der Panzer-Ersatz-Truppen II und XXI in Gnesen, eine ähnliche Andeutung erhalten, die er aber damals nicht verstanden hatte: in wenigen Wochen werde alles besser sein, da sei man über den Berg.

<sup>12)</sup> Kienitz a. a. O., S. 6—7; [Werner] Kienitz, Bemerkungen zu den Bemerkungen des Herrn Oberst Staudinger über meine Ausarbeitung „Der Wehrkreis II vor dem Zusammenbruch des Reiches“ (mit eingeschalteten Zusätzen von Staudinger) [Ms], Hamburg 1954, BA Ost-Dok. 8 Po 22, Bl. 2.

<sup>13)</sup> Staudinger an den Verf.

So kann von „Einweihung“ oder spezieller Vorbereitung im Sinne der Verschwörer für den Wehrkreis II keine Rede sein, wenn man von Oberst Friedrich Jäger, dem Kommandeur der Panzer-Ersatz-Truppen II und XXI mit dem Dienstsitz Gnesen, absieht. Dieser hatte aber im Wehrkreis II keine zentrale Stellung. Er versuchte daher, allerdings ohne Erfolg, den ihm dienstlich und kameradschaftlich nahestehenden Staudinger und den Ila, Oberst Schroeder, für die Verschwörung zu gewinnen, indem er Andeutungen machte über „eine bald bevorstehende Wende“<sup>14)</sup>. Im übrigen war der Staatsstreichversuch bisher durchaus zentral, d. h. im Stabe des Befehlshabers des Ersatzheeres, vorbereitet worden. Man hoffte, mit Hilfe der „Walküre“-Pläne, der sogenannten Mob-Pläne, die zur Mobilmachung von Kampftruppen aus den im Reichsgebiet liegenden Wehrmachteinheiten für den Fall innerer Unruhen ausgearbeitet worden waren, diese in der Hauptsache aus Ausbildungs- und Ersatzeinheiten gebildeten Verbände („Kampfgruppen“) für die Übernahme der Gewalt einsetzen zu können.

Seit Februar 1944 waren diese Kampfgruppen als verstärkte Grenadierregimenter zu bilden, die auf das Stichwort „Walküre 1. Stufe“ innerhalb sechs Stunden einsatzbereit sein muß-

ten. Auf das Stichwort „Walküre 2. Stufe“ waren sie „schnellstens“ und unter Einbeziehung aller verfügbaren Waffengattungen — die Zahl und Kampfkraft der verfügbaren Truppen schwankte natürlich ständig und außerdem von Wehrkreis zu Wehrkreis — zusammenzufassen und marschbereit zu machen<sup>15)</sup>. Diese Befehle lagen großenteils seit August 1943 und einige kleinere Zusätze seit Oktober 1943 bzw. Februar 1944 in den Stellvertretenden Generalkommandos vor, wo sie als Geheime Kommandosache unter Verschuß, also in Panzerschränken, und meist noch dazu in verschlossenen Umschlägen aufbewahrt wurden.

Selbstverständlich war mit diesen politisch neutralen Mob-Plänen allein kein Staatsstreich zu machen. Es kam alles darauf an, die aufzustellenden Truppen gegen die eventuellen Anhänger des Regimes, also vor allem SS und Waffen-SS, ferner SA und sonstige bewaffnete Parteiformationen zu führen bzw. durch die Stellvertretenden Generalkommandos führen zu lassen. Hierzu hatte man die bekannten Fernschreiben vorbereitet, die dann am 20. Juli in den Wehrkreisen so viel Verwirrung, Gewissenskonflikte und Unschlüssigkeit hervorriefen.

## 20. Juli 1944: Aufruf zur Übernahme der Vollziehenden Gewalt

Für den Nachmittag des 20. Juli 1944 hatte der Gauleiter von Pommern, Franz Schwede-Coburg, anlässlich seines zehnjährigen Dienstjubiläums als Gauleiter zahlreiche Parteiführer, also alle Kreisleiter, SA- und SS-Führer, sowie vom Wehrkreiskommando II den Befehlshaber und seinen Chef des Generalstabes zu einer Feier im großen Saal des Gauhauses eingeladen, an die sich ein Essen anschloß<sup>16)</sup>. Oberst Staudinger hatte sich durch General Kienitz, der der Einladung gefolgt war, entschuldigen lassen, weil nicht der Befehlshaber und der Chef zugleich den ganzen Nachmittag über vom Generalkommando abwesend sein konnten.

Zwischen 17.30 und 18.00 Uhr — es dürfte etwa 17.45 Uhr gewesen sein — erreichte die

erste Proklamation der Verschwörer in der Bendlerstraße das Stellvertretende Generalkommando in Stettin. Bleich und sprachlos kam der Offizier vom Dienst, Hauptmann d. R. Karau, zum Chef des Generalstabes in dessen Wohnung und überreichte ihm das Fernschreiben<sup>17)</sup>. Fernschreiben, die Geheime Kommandosachen enthielten, liefen in Stettin über die Marinedienststelle, da diese mit dem sogenannten Marine-G-Schreiber ausgerüstet war, der verschlüsselte Schreiben automatisch ent-

<sup>14)</sup> Hans-Heinrich Staudinger, Bemerkungen zur Niederschrift von Herrn Gen. Kienitz: „Der Wehrkreis II vor dem Zusammenbruch des Reiches“ [Ms], Schönböcken bei Lübeck 1954, BA Ost-Dok. 8 Po 22, S. 4; Schroeder an den Verf.

<sup>15)</sup> Ausfertigung der Walküre-Pläne vom 31. Juli 1943 mit Zusatz vom 6. Okt. 1943 im Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg i. Br. WK XVII/99; KB, S. 160—66; 20. Juli 1944, 1. u. 2. Aufl. bearb. v. Hans Royce, Neubearb. u. erg. v. Erich Zimmermann u. Hans-Adolf Jacobsen, hrsg. v. d. Bundeszentrale f. Heimatdienst, Bonn 1961<sup>4</sup>, S. 80 bis 87.

<sup>16)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 7; Staudinger, Bemerkungen, S. 2; Kienitz, Bemerkungen, Bl. 1.

<sup>17)</sup> Staudinger, Bemerkungen, S. 3; Staudinger an den Verf.

schlüsselt wiedergab bzw. mit dem Gerät abgesetzte Schreiben verschlüsselte<sup>18)</sup>. Der Offizier vom Dienst im Generalkommando, Karau, war von der Marinendienststelle gebeten worden, das Fernschreiben abzuholen.

Die Proklamation begann damit, daß innere Unruhen ausgebrochen seien und daß „eine gewissenlose Clique frontfremder Parteiführer“ versucht habe, der schwer ringenden Front in den Rücken zu fallen und die Macht zu eigennützigem Zwecken an sich zu reißen<sup>19)</sup>. Infolgedessen habe die Reichsregierung den Oberbefehl über die Wehrmacht und die Vollziehende Gewalt dem unterzeichneten Ge-

<sup>18)</sup> Staudinger an den Verf.; Oberst von Uechtritz (damals Kommandeur der Nachrichtentruppen im Wehrkreis II) an Staudinger 2. Juni 1954, im Besitz von Oberst Staudinger und im BA, Ost-Dok. 8 Po 22; Postoberamtmann Karl Kuhnert (damals im Stabe des Chefs des Heeresnachrichtenwesens) an den Verf. 1. Dez. 1964.

<sup>19)</sup> KB, S. 65—66. Der ursprünglich erste Satz lautete: „Der Führer Adolf Hitler ist tot.“ Er wurde gestrichen, ehe das Fernschreiben an die Wehrkreise hinausging, (KB, S. 63). Gleichwohl berichten hie und da Stabsoffiziere der Wehrkreise, so Staudinger, das Schreiben habe auch die Mitteilung von Hitlers Tod enthalten. Der Widerspruch wird sich nicht mehr ganz klären lassen, zumal die anderen Zeugen, durch deren Hände das Schreiben ging — Uechtritz, Karau, Kienitz — gestorben sind. In der Meldung des Chefs der Amtsgruppe WNV im OKW, Generalleutnant Fritz Thiele, vom 22. Juli 1944 über die Vorgänge am 20. und 21. Juli in der Nachrichtenzentrale in der Bendlerstraße heißt es, der Satz sei gestrichen worden und erst dann, ab 17.35 Uhr, sei das Schreiben abgesetzt worden. Auf einer Abschrift aber, die dem Kaltenbrunner-Bericht vom 31. August 1944 beilag (BA, EAP 105/24 Bl. 80 ff.), findet sich der Absetzvermerk „16.45 Uhr“ mit Angabe der Adressen, und dieselbe Zeit ist bei der in KB, S. 65—66 abgedruckten Abschrift angegeben. Die Zeit 16.45 Uhr bezieht sich vermutlich auf die Überbringung des Schreibens an die Zentrale durch Hauptmann Klausung (vgl. KB, S. 63). Ferner ist anzunehmen, daß der Befehl zusammen mit der Rundfunkmeldung über das Attentat sich in der Erinnerung der Zeugen zu der Version verband, es sei tatsächlich Hitlers Tod behauptet worden, was ja auch durchaus naheliegt und ursprünglich beabsichtigt war. Etwa um 18.30 Uhr, also wohl nach der Verbreitung der Rundfunknachricht, war das Schreiben, diesmal aber mit der Behauptung, Hitler sei tot, nochmals in die Zentrale gegeben, von dort jedoch nur schleppend und nur an Marine- und Luftwaffendienststellen weitergeleitet worden (KB, S. 63—64). Schließlich gaben die Verschwörer ab 19.45 Uhr ein kurzes Fernschreiben heraus, in dem sie lediglich der Rundfunknachricht von Hitlers Überleben widersprachen. Dieses Fernschreiben ist an alle Wehrkreise und Oberbefehlshaber abgesetzt worden. In KB, S. 70, ist eine Version abgedruckt, die nur an die WK XI—XIII, XVII und XVIII gerichtet gewesen zu sein scheint; vgl. jedoch die Version im BA, EAP 105/24, Bl. 94. Vgl. unten Anm. 57.

neralfeldmarschall von Witzleben übertragen und zugleich den Ausnahmezustand verhängt. Zur Ausführung dieser allgemeinen Regelung übertrug Witzleben die Vollziehende Gewalt in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten außerhalb des Reiches den jeweiligen Oberbefehlshabern und im „Heimatkriegsgebiet“ dem Befehlshaber des Ersatzheeres Generaloberst Fromm<sup>20)</sup>.

Sodann folgte eine Aufzählung der Behörden und Dienststellen, die von nun an den Inhabern der Vollziehenden Gewalt, also insbesondere den Oberbefehlshabern in den besetzten Gebieten und den Wehrkreisbefehlshabern unterstellt sein sollten: sämtliche in ihrem jeweiligen Befehlsbereich befindlichen Dienststellen und Einheiten der Wehrmacht einschließlich der Waffen-SS, des RAD (Reichsarbeitsdienst) und der OT (Organisation Todt), alle Behörden des Reiches, der Länder [sic] und der Gemeinden einschließlich sämtlicher Polizeieinheiten und -behörden, alle Amtsträger der NSDAP und angeschlossener Verbände und die Verkehrs- und Versorgungsbetriebe. Die Waffen-SS wurde für in das Heer eingegliedert erklärt. Die Inhaber der Vollziehenden Gewalt hatten für die Sicherung der Nachrichtenanlagen und die „Ausschaltung des SD“ zu sorgen, und sie sollten jeden Widerstand rücksichtslos brechen. Schließlich wurden alle Befehlshaber des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe verpflichtet, die Inhaber der Vollziehenden Gewalt „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen“. Für alle Fälle — es konnte ja sein, daß doch nicht für jeden Empfänger die triviale Gleichung galt, „Befehl ist Befehl“ — versuchte man noch an das patriotische Verantwortungsbewußtsein zu appellieren mit den Sätzen: „Der deutsche Soldat steht vor einer geschichtlichen Aufgabe. Von seiner Tatkraft und Haltung wird es abhängen, ob Deutschland gerettet wird.“

Der Chef des Generalstabes, Oberst Staudinger, stand nun vor der Aufgabe, was hier zu tun sei. Das naheliegendste wäre gewesen, zur Feier des Gauleiters zu gehen, den Befehlshaber herauszubitten, ihn an Hand des Fernschreibens zu orientieren und damit alle Ent-

<sup>20)</sup> Unter ein weiteres Fernschreiben setzten die Verschwörer ebenfalls noch Fromms Namen; aber zwei Stunden später gab Witzleben bekannt, er habe Generaloberst Hoepner zum „Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet“ ernannt (KB, S. 66 bis 69).

scheidungen in seine Hände zu legen. Aber konnte man wissen, ob und inwieweit Gauleitung und sonstige Parteidienststellen schon von dem Berliner Befehl unterrichtet waren? Durch Benachrichtigung des Befehlshabers und das damit verbundene Aufsehen gab man vielleicht den vollständig versammelten Spitzen der NSDAP des Gaues Pommern erst den Anlaß zu Gegenmaßnahmen, der bisher nicht bestand, sei es mangels Information, sei es, weil der Befehlshaber ja mitten unter ihnen saß<sup>21)</sup>. General Kienitz konnte in eine unangenehme Lage geraten, wenn die Gauleitung von den Berliner Befehlen schon Kenntnis hatte, da ja dann die Gauleitung damit rechnen mußte, daß der Befehlshaber diese Befehle ausführte; das war vielleicht zu vermeiden, wenn jede Benachrichtigung unterblieb und das Stellvertretende Generalkommando sich zunächst ganz zurückhielt. Sollte man aber dann wirklich gegen SS und Partei vorgehen, wie es in dem Fernschreiben verlangt wurde, so war es sicher besser, erst einmal die eigenen Kräfte zu konzentrieren, ehe man irgendwie hervortrat.

Während Staudinger noch mit diesen Überlegungen beschäftigt war, hörte er die Rundfunknachricht von dem mißglückten Attentat, von dem er ja bis dahin keine Ahnung hatte<sup>22)</sup>. Es war ihm also gar nicht viel Zeit geblieben, um sich für irgend etwas zu entscheiden. Nun aber war es zweifellos besser, erst einmal die Lage zu klären. Es war da ein merkwürdiger Befehl aus Berlin gekommen; und dann war über den Rundfunk verbreitet worden, ein auf Hitler verübtes Attentat sei mißlungen. Man konnte nicht wissen, wer da recht hatte. Wenn General Kienitz, so dachte Staudinger, ununterrichtet und also unbefangen bei der Festversammlung blieb, die überdies wahrscheinlich auch von der Rundfunkmeldung Kenntnis erhalten hatte, konnte das wohl dazu beitragen, einen etwa aufkommenden Verdacht, der Befehlshaber sei in die Verschwörung eingeweiht, zu zerstreuen.

So erkundigte sich Staudinger zunächst bei den benachbarten Wehrkreisen, ob diese ähnliche Fernschreiben bekommen hätten und was dort veranlaßt werde. Zuerst rief er in Berlin an, wo man ihm sagte, der Befehlshaber, General der Infanterie Joachim von Kortzfleisch, sei nicht erreichbar, habe sich aber wohl zur Bendlerstraße begeben. Daß auch der Chef, Generalmajor Otto Herfurth, abwesend war,

kam Staudinger angesichts der Lage etwas seltsam vor. Von General der Infanterie Viktor von Schwedler im Wehrkreis IV (Dresden), mit dem Staudinger danach telefonierte, war nur zu erfahren, daß dort wegen der Unklarheit der Lage bisher nichts veranlaßt sei; das Fernschreiben war also immerhin eingegangen. Die Chefs der beiden benachbarten Generalkommandos I (Königsberg) und X (Hamburg) gaben ähnliche Auskünfte<sup>23)</sup>. So unklar die Lage auch sein mochte, offenbar war von irgendwelcher Aktivität im Sinne des aus Berlin vorliegenden allgemeinen Befehls bei den angerufenen Stellen nicht die Rede. Es lag nahe, ebenfalls zunächst abzuwarten.

Etwa um 18.30 Uhr oder kurz danach, jedenfalls aber nach der Rundfunknachricht, traf bei Oberst Staudinger im Wehrkreiskommando ein zweites langes Fernschreiben aus Berlin ein, das wiederum von der Marine-dienststelle übermittelt wurde<sup>24)</sup>. Die Herausgabe dieses Schreibens wurde in der Fernschreibzentrale der Bendlerstraße absichtlich verzögert<sup>25)</sup>, so daß es selbst im Wehrkreis II, der zweiten Anschrift, an die es abgesetzt wurde, erst eine volle Stunde nach dem ersten allgemeinen Befehl vorlag, obgleich Hauptmann Klausung es schon um 17.30 Uhr in die Zentrale gegeben hatte<sup>26)</sup>. Es enthielt folgende Befehle<sup>27)</sup>: Sämtliche Nachrichtenanlagen im Befehlsbereich waren zu „sichern“, d. h. militärisch zu besetzen; hierzu gehörten vor allem Verstärkerämter, Durchgangsvermittlungen des Heeresführungsnetzes, Rundfunksender, Fernsprech- und Telegraphenämter, das Fernmeldenetz der Reichsbahn; ein Funknetz sollte „aus eigenen Mitteln“ aufgebaut werden. Sodann waren sämtliche Gauleiter, Reichsstatthalter, Minister, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten, Höheren SS- und Polizeiführer, Gestapoleiter und Leiter der SS-Dienststellen, Leiter der Propagandaämter und Kreisleiter „ohne Verzug ihres Amtes zu entheben und in besonders gesicherte

<sup>21)</sup> Staudinger, Bemerkungen, S. 3.

<sup>22)</sup> Ebenda; Kienitz, Bemerkungen, Bl. 1.

<sup>23)</sup> Staudinger, Bemerkungen, S. 3; Kienitz, Bemerkungen, Bl. 2.

<sup>24)</sup> Staudinger, Bemerkungen, S. 3; Staudinger an den Verf.; KB, S. 63, 66—67; vgl. Version mit Absetzvermerk im BA, EAP 105/24, Bl. 91—93.

<sup>25)</sup> KB, S. 63—64; Generalmajor a. D. Kurt Häfel (damals als Oberst Chef der Amtsgruppe Nachrichtenwesen im OKH), mündliche Mitteilungen an den Verf. vom 11. Dez. 1944, Niederschrift im Besitz des Verf., S. 12.

<sup>26)</sup> KB, S. 63.

<sup>27)</sup> KB, S. 66—67

Einzelhaft zu nehmen“; die Konzentrationslager waren so schnell wie möglich zu besetzen, die Lagerkommandanten zu verhaften und die Wachmannschaften zu entwaffnen und zu „kasernieren“. Waffen-SS-Führer, die ja schon durch den ersten Befehl der Führung des Heeres unterstellt worden waren, sollten nur dann in Haft genommen und durch Offiziere des Heeres ersetzt werden, wenn Zweifel an ihrem Gehorsam bestanden oder wenn sie „ungeeignet“ erschienen. Waffen-SS-Verbände, die sich der Führung durch das Heer widersetzen, sollten „rücksichtslos“ entwaffnet werden, aber „mit überlegenen Kräften“, damit großes Blutvergießen vermieden werde. Ferner waren die Dienststellen der Gestapo und des SD zu besetzen, und die Empfänger des Schreibens wurden angewiesen, mit den Befehlshabern der Kriegsmarine und der Luftwaffe Verbindung aufzunehmen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Schließlich wurde noch die Nennung eines Politischen Beauftragten angekündigt, der als eine Art Zivilverwaltungschef und Berater den jeweiligen Wehrkreisbefehlshabern beigegeben werden und also die Funktionen der ausgeschalteten Gauleiter und Reichsstatthalter, Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten und Polizeipräsidenten vorläufig übernehmen sollte.

Aus dem ersten Fernschreiben hätte man bei flüchtigem Lesen — und damit mußte ja gerechnet werden, wenn eine so turbulente Situation geschaffen wurde — noch die Absicht entnehmen können, das herrschende Regime gegen seine eigenen Entartungen zu verteidigen. Bei dem zweiten war eine solche Auffassung nicht mehr möglich. Es konnte nun nicht mehr zweifelhaft sein, daß hier eine Verschwörung am Werke war, die sich das Ziel gesetzt hatte, mit Hilfe des Heimatheeres das herrschende nationalsozialistische Regime zu stürzen und alle seine höchsten Funktionäre möglichst mit einem Schlage auszuschalten. Um aber klar zu machen, daß hier etwas weit Positiveres als nur eine neue, nicht-nationalsozialistische Militärregierung geschaffen werden sollte, enthielt das zweite Fernschreiben noch den Schlußsatz: „Bei Ausübung der Vollziehenden Gewalt dürfen keine Willkür- und Racheakte geduldet werden. Die Bevölkerung muß sich des Abstandes zu den willkürlichen Methoden der bisherigen Machthaber bewußt werden.“

Die Tendenz der Berliner Verlautbarungen war also deutlich genug und wurde von

Oberst Staudinger auch verstanden; die mit den Befehlen verbundenen Namen — Witzleben, Hoepner, Fromm, Stauffenberg — bürgten dafür, daß es sich um eine ehrenhafte Aktion handelte. Dennoch sah Oberst Staudinger für den Befehlshaber und das Wehrkreiskommando keine Möglichkeit, die Berliner Befehle mit Erfolg auszuführen. Da Hitler offenbar am Leben geblieben war, würde auch die an sich ja leicht durchzuführende Verhaftung der bei der Jubiläumsfeier des Gauleiters anwesenden Parteiführer nur ein Schlag ins Wasser gewesen sein. Es waren infolgedessen auch keine Maßnahmen einzuleiten.

Um aber Fehlleistungen, wie z. B. ein unbeachtetes Vorsprechen einzelner Truppenkommandeure, etwa unter dem Einfluß irgendwelcher Berliner Abgesandter, zu verhindern, bat Staudinger durch einen Befehl vorsorglich alle Generale und Regimentskommandeure aus dem Standort Stettin auf 20.00 Uhr in das Wehrkreiskommando. Dort könnte dann auch der Befehlshaber ohne Zeitverlust selbst zu ihnen sprechen, wenn er, so rechnete Staudinger, von der Feier zurückgekehrt sein würde, die etwa um 16.00 Uhr begonnen hatte<sup>28)</sup>.

Ferner entwarf der Chef zur Vorlage bei seinem Befehlshaber vorsorglich einen Befehl an alle Standortältesten im Wehrkreis II, durch den diese angewiesen wurden, nur Befehle zu befolgen, die die Unterschrift „Kienitz, Stellvertretender Kommandierender General II. A.K. und Befehlshaber im Wehrkreis II“ trugen; außerdem sollte befohlen werden, alle Dienststellen Tag und Nacht besetzt zu halten und dafür Sorge zu tragen, daß eingehende Befehle jederzeit von einem Offizier entgegengenommen werden konnten<sup>29)</sup>. Inzwischen hatte sich der Ia, Major i. G. Klaus Schubert, der sich auf einem Spaziergang befand, im Wehrkreiskommando eingefunden<sup>30)</sup>. Oberst Staudinger, der in seiner dicht beim Wehrkreiskommando gelegenen Wohnung geblieben war, hatte ihn durch den Offizier vom Dienst suchen und bitten lassen, beim Kommandeur der Nachrichten-

<sup>28)</sup> Staudinger, Bemerkungen, S. 3—4.

<sup>29)</sup> Staudinger, Bemerkungen, S. 4; Uechtritz an Staudinger.

<sup>30)</sup> Schubert an den Verf. 30. Sept. 1964. Staudinger, Bemerkungen, S. 4; auch Uechtritz erinnert sich, schon zwischen 19.00 und 20.00 Uhr mit Schubert telefoniert zu haben.

truppe, Oberst von Uechtritz, dafür zu sorgen, daß etwaige Befehle von General Kienitz in kürzester Zeit an die Standortältesten weitergegeben werden konnten<sup>31)</sup>.

Schon vor Monaten hatte man im Wehrkreis II angesichts der immer bedenklicheren Kriegslage Maßnahmen ergriffen, um im Notfall eine schnelle und sichere Nachrichtenübermittlung zwischen dem Generalkommando und den Standorten zu gewährleisten. Um eine Überlastung des Fernsprechnetzes und damit eine Behinderung rascher Befehlsübermittlung zu vermeiden, war im Generalkommando ein Plan ausgearbeitet worden, nach welchem nur die an einigen wenigen zentralen Punkten des Bereiches gelegenen Standorte von Stettin aus zu benachrichtigen, zu alarmieren oder mit Befehlen zu versehen waren, je nachdem, was eine etwa eingetre-

tene kritische Lage erfordern mochte; diese Standorte hatten die übrigen nach einem festgelegten Schema zu benachrichtigen<sup>32)</sup>. Auf solche Weise würden nur Lokal- und Kurzstreckenleitungen länger belastet, während die wichtigen Fernleitungen schnell wieder frei werden konnten. Man rechnete damit, im Bedarfsfalle einen Befehl von normaler Länge in etwa dreißig Minuten an die zentralen Standortältesten durchgeben zu können; nach insgesamt etwa zwei Stunden mußten nach den bei Übungen gemachten Erfahrungen alle Standortältesten im Besitz solcher Befehle sein. Für den Fall der Zerstörung des Fernsprechnetzes waren sogenannte Wehrkreisfunkstellen eingerichtet, deren Bereitschaft und Ausbildungsstand durch ständigen Übungsfunkverkehr möglichst auf der Höhe gehalten wurde.

## Abwarten und Gegenbefehle

Im Gauhause saßen die rund zweihundert Gäste noch beim Essen, als zwischen 18.00 und 19.00 Uhr die Nachricht von dem mißlungenen Attentat an die Versammlung gelangte<sup>33)</sup>. Der Stellvertretende Gauleiter Simon hatte sie am Telefon entgegengenommen. Sofort bildete sich eine äußerst erregte Atmosphäre, und alle Gespräche kreisten nur noch um das Attentat und den oder die mutmaßlichen Attentäter; darüber hatte nämlich die Telefonnachricht nichts enthalten. General Kienitz unterhielt sich besonders mit dem neben ihm sitzenden Gauleiter und mit dem Regierungspräsidenten, SS-Oberführer Eckard; diesem erklärte er, es könne ja wohl nur eine Person aus der unmittelbaren Umgebung Hitlers in Frage kommen, und er dachte dabei vor allem an Parteikreise, keinesfalls aber an Soldaten des Heeres. Nach etwa einer Stunde, die er im Gespräch verbracht hatte, ging der Befehlshaber dann, kurz nach 20.00 Uhr, in seine Wohnung. Von den aus Berlin eingegangenen Befehlen wußte er ja noch nichts.

Staudinger hatte es zwar für richtig gehalten, den Befehlshaber zunächst unorientiert und dadurch unbefangen beim Gauleiter verweilen zu lassen<sup>34)</sup>; er wollte ihn aber nach seiner Rückkehr vom Gauhause naturgemäß so

schnell wie möglich von den Vorgängen unterrichten<sup>35)</sup>. So hatte er vorsorglich schon gegen 19.00 Uhr die mit General Kienitz die Wohnung teilenden Offiziere angewiesen, den Befehlshaber bei seiner Rückkehr sofort zu bitten, er möge den Chef des Generalstabes zu sich bestellen<sup>36)</sup>. Dies geschah denn auch, und Kienitz rief sogleich den Chef an und fragte ihn, welche Nachrichten beim Wehrkreiskommando vorlagen. Staudinger antwortete, es seien „merkwürdige Befehle aus Berlin“ gekommen, von denen einer noch nicht dechiffriert sei; sobald er ihn in Händen habe, werde er den Befehlshaber aufsuchen<sup>37)</sup>. Dieses Fernschreiben war dem Wehrkreiskommando kurz zuvor von der Marinedienststelle angekündigt worden<sup>38)</sup>. Es muß entweder das Schreiben gewesen sein, das der Rundfunknachricht von Hitlers Tod

<sup>31)</sup> Staudinger, Bemerkungen, S. 4.

<sup>32)</sup> Uechtritz an Staudinger, auch zum Folgenden.

<sup>33)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 7—8, auch zum Folgenden.

<sup>34)</sup> Kienitz, Bemerkungen, Bl. 1—2.

<sup>35)</sup> Kienitz erkannte an, daß Staudinger nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt habe und daß ihm seine Entschlüsse dadurch erleichtert worden seien, daß er unorientiert geblieben war; aber er hat Staudinger seine große Selbständigkeit doch etwas übelgenommen. Er schreibt: „Richtig war es trotzdem nicht.“ Staudinger bekundete sein Verständnis dafür, daß Kienitz mit der Handlungsweise seines Chefs nicht ganz einverstanden war, fand aber, daß ihm der Verlauf recht gegeben habe (Kienitz, a. a. O., Bl. 1—2).

<sup>36)</sup> Staudinger, Bemerkungen, S. 3; Kienitz, Bemerkungen, Bl. 1.

<sup>37)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 8.

<sup>38)</sup> Staudinger an den Verf.

widersprach, oder dasjenige, in dem der Politische Beauftragte für den Wehrkreis II, Oberlandforstmeister von Willisen, sowie sein Unterbeauftragter, Ewald Heinrich von Kleist-Schmenzin, und der Verbindungsoffizier des OKH zum Wehrkreis II, Major Graf von Blumenthal, benannt wurden. Die beiden Schreiben müssen fast zu gleicher Zeit in Stettin eingetroffen sein<sup>39)</sup>. Gegen 20.30 Uhr begab sich Oberst Staudinger von seiner Wohnung aus zur nahegelegenen Wohnung des Befehlshabers, wohin der Ia, Major Schubert, kurz darauf aus dem Wehrkreiskommando nachkam<sup>40)</sup>.

Noch ehe sie jedoch dort eintrafen, erhielt General Kienitz einen Telefonanruf vom Chef des OKW, Generalfeldmarschall Keitel, aus dem Führerhauptquartier „Wolfsschanze“. Keitel sagte, aufs höchste erregt: „Der Stauffenberg hat das Attentat gemacht.“ Dann redete er minutenlang ununterbrochen auf Kienitz ein, offenbar in der Absicht, ihm jede eventuelle Beteiligung an dem Umsturzversuch von vornherein auszureden. Schließlich erklärte er gar, er fasse Kienitz „ans Portepée“. Als Kienitz das darin liegende Mißtrauen verletzt zurückwies, entschuldigte sich Keitel mit seiner Aufregung<sup>41)</sup>. Kurz nach Keitels Aufforderung, nur Befehle aus dem Führerhauptquartier zu befolgen, kam ein Anruf aus der Bendlerstraße. Es meldete sich Generaloberst Hoepner, der ja nun als „Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet“ zeichnete und mit Kienitz gut bekannt war<sup>42)</sup>. Hoepner fragte, ob die Befehle aus Berlin eingegangen seien, und Kienitz erwiderte, daß er sie noch nicht erhalten habe. Er sagte, Keitel habe schon angerufen, und deutete an, was dieser mitgeteilt und befohlen hatte. Als Hoepner Einzelheiten über den Inhalt des Gespräches zwischen Keitel und Kienitz zu erfahren suchte und auch wissen wollte, ob Keitel Kienitz angerufen habe oder umgekehrt, erklärte Kienitz, daß er Schweigegebot habe. Hoepner, der ohnehin nicht mehr recht an den Erfolg des Staatsstreichversuches glaubte, meinte

<sup>39)</sup> KB, S. 63—64, 70, 77; ferner die Fernschreiben mit Absetzvermerken im BA, EAP 105/24, Bl. 94; vgl. EAP 105/31, Bl. 176.

<sup>40)</sup> Kienitz, Bemerkungen, Bl. 1; Schubert an den Verf. Ob Staudinger und Schubert noch die beiden Fernschreiben oder eines davon abgewartet haben, ist beiden nicht mehr Erinnerung, jedoch unter den Umständen auch belanglos.

<sup>41)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 8; Kienitz, Bemerkungen, Bl. 1; Schubert an den Verf.

<sup>42)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 8; KB, S. 69, 108.

dann, wenn Kienitz noch keine Befehle aus Berlin bekommen habe, so solle er eben die von Keitel befolgen<sup>43)</sup>. Darauf sprach dann noch General Olbricht mit Kienitz und verlangte kurz die Ausführung der Berliner Befehle, worauf Kienitz wiederum auf den Keitelschen Gegenbefehl hinwies<sup>44)</sup>. Der Befehlshaber erhielt nicht den Eindruck, daß die Berliner Aktion zielstrebig und energisch oder gar erfolgreich vorangetrieben wurde.

Während Kienitz noch mit Hoepner und Olbricht sprach, traten Staudinger und kurz darauf auch Schubert mit den Berliner Fernschreibern ein und legten diese dem Befehlshaber vor<sup>45)</sup>. Das Fernschreiben von Keitel aus der „Wolfsschanze“, worin dieser die Ernennung Himmlers zum Befehlshaber des Ersatzheeres mitteilte und alle Befehle von Fromm, Witzleben und Hoepner für ungültig erklärte, war wohl noch nicht eingetroffen<sup>46)</sup>; aber Kienitz war ja telefonisch von Keitel unterrichtet worden<sup>47)</sup>. Nachdem der Befehlshaber die Fernschreiben aus der Bendlerstraße gelesen hatte, berichtete ihm Staudinger über die mit den benachbarten Wehrkreiskommandos geführten Gespräche und über die vorsorgliche Beorderung der Generale und Regimentskommandeure des Standortes Stettin auf 20.00 Uhr ins Generalkommando. Kienitz billigte diese Maßnahme und stimmte auch dem Befehlshabersentwurf an die Standortältesten des Wehrkreises zu<sup>48)</sup>.

<sup>43)</sup> Ebenda; IMT XXXIII, 413—14.

<sup>44)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 8.

<sup>45)</sup> Ebenda; Staudinger, Bemerkungen, S. 4.

<sup>46)</sup> KB, S. 75; vgl. KB, S. 64.

<sup>47)</sup> Der Zeitpunkt, zu dem Keitels Fernschreiben im Wehrkreiskommando vorlag, läßt sich nicht mehr ermitteln, da sich die Beteiligten nicht mehr genau erinnern. Staudinger glaubt, daß das Keitelsche Fernschreiben schon da war und daß er es als allererstes dem Befehlshaber vorlegte; es trägt aber den Absetzvermerk „20.20 Uhr“ (KB, S. 75), und nach dem Bericht der Nachrichtenzentrale im Bendlerblock, der allerdings nur noch als Abschrift existiert (was in KB, S. 63, nicht angegeben ist; vgl. BA, EAP 105/24, Bl. 117—117), wäre der Befehl sogar erst um 20.35 Uhr in der Berliner Vermittlung eingegangen und nach Rückfragen beim Chef der Zentrale und bei General Olbricht erst ab 21.25 Uhr abgesetzt worden. Es ist also möglich, daß Staudinger entweder den Keitelschen Anruf bei Kienitz oder die Radionachricht mit dem späteren Fernschreiben verwechselt hat. Von Keitel oder von einem seiner Adjutanten ist Staudinger selbst nach seiner Erinnerung nicht angerufen worden, ehe er zu Kienitz ging.

<sup>48)</sup> Staudinger, Bemerkungen, S. 4.

Nun, so berichtet Kienitz, begannen die schwersten Stunden seines Lebens<sup>49)</sup>. Für den Chef des Generalstabes war es inzwischen klar geworden, daß angesichts des Mißlingens des Attentats an eine Beteiligung am Putsch nicht zu denken war; diese Beurteilung der Lage hatte sein Handeln während der Abwesenheit des Befehlshabers bestimmt. Er hatte das dem General vorgetragen, und dieser wußte im Grunde, daß sein Chef recht hatte. Aber zugleich drängte es ihn, den Verschwörern zu helfen und beizustehen. Er kannte die meisten persönlich und begriff ihre Motive, da er ja ihre Anschauungen teilte und Hitler und sein Regime ebenso haßte wie sie. Sie waren alte Kameraden, und sie wollten zweifellos Deutschland vor größerem Unheil bewahren. Mit dem Herzen stand der Befehlshaber auf ihrer Seite, wie er auch seinen Generalstabs-offizierern erklärte. Während er mit Staudinger und Schubert zum Dienstgebäude des Stellvertretenden Generalkommandos ging, versuchte er, sich zu einem Entschluß durch-zuringen. General Kienitz überlegte sich dabei

vor allem, welche Befehle gültig seien, die Keitelschen oder die aus Berlin. Dadurch, daß Hitler am Leben geblieben war, war ein mili-tärischer Umsturz ja noch nicht aussichtslos geworden. Erst später, nach ein bis zwei Stun-den, wurde es endgültig klar, daß auch die Beteiligung des Wehrkreises II an dem Staats-streichversuch nichts mehr hätte ändern kön-nen. Es handelte sich also nicht um eine Ent-scheidung reiner Zweckmäßigkeit. Wohl aber waren die Befehle Keitels offenbar nach wie vor formal „rechtmäßig“. Wer sie nicht be-folgte, beging Hochverrat. An die von den Berliner Verschwörern nach außen hin noch immer aufrechterhaltene Fiktion, daß Hitler tot sei, glaubte Kienitz nicht. So entschloß sich der Befehlshaber schließlich, „so furcht-bar schwer es auch war, die alten Kameraden in dieser verzweifelten Stunde im Stich zu lassen“, und obgleich er „mit dem Herzen auf der einen Seite, mit dem Verstand und der Pflicht auf der anderen Seite“ stand, die Ber-liner Befehle nicht zu befolgen.

## Spannung zwischen Generalkommando und Gauleitung

In seinem Dienstzimmer angekommen, erließ General Kienitz zunächst den von Oberst Staudinger vorbereiteten Befehl an die Stan-ortältesten. Er dürfte zwischen 22.00 und 23.00 Uhr in den Händen der Empfänger gewesen sein. Dann erläuterte er den versammelten Regimentskommandeuren, darunter auch Ge-neralmajor Siegfried von Stülpnagel, ein Vet-ter des Militärbefehlshabers in Frankreich, die Lage. Stülpnagel, der überhaupt nicht ein-geweiht war, sagte gleichwohl sofort: „Da machen wir mit!“ General Kienitz legte aber dann dar, daß es vernünftiger sei, erst ab-zuwarten, und hierauf einigte man sich denn auch<sup>50)</sup>.

Inzwischen hatte Staudinger dem Kommandeur der Nachrichtentruppe im Wehrkreis II, Oberst von Uechtritz, die eingelaufenen Fern-schreiben zur Überprüfung gegeben<sup>51)</sup>. Uech-tritz ging also mit den Schreiben zur Vermitt-lung, die sich im Hause befand, und stellte an

Hand von Vergleichsstreifen fest, daß die Nachrichtenhelferinnen in der Fernschreib-zentrale der Bendlerstraße mit dem Schrei-ben noch Bemerkungen und Zusätze übermit-telt hatten, aus denen hervorging, daß Hitler in Wirklichkeit nicht tot sei<sup>52)</sup>. Somit hatten sich Staudingers Skepsis und seine Überzeu-gung, daß die Berliner Befehle unausführbar waren, bestätigt.

Nicht lange darauf erschien der vom Gaulei-ter ausgeschickte Stellvertretende Gauleiter Simon im Wehrkreiskommando. Der Gau-leiter selbst traute offenbar der Sache nicht. Er mußte inzwischen Nachrichten darüber er-halten haben, daß der Putsch vom Ersatzheer ausging, und da war natürlich das Wehrkreis-kommando die „Höhle des Löwen“. Er hatte sich auf alle Fälle in seinen Schutzstollen bei Finkenwalde, die „Finkenburg“, zurückgezo-gen<sup>53)</sup>. Alles war sehr eilig zugegangen, und Simon, der seltsamerweise Zivil trug, obgleich er doch am Nachmittag und Abend noch

<sup>49)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 8—9, auch zum Folgen-den; ferner Kienitz, Bemerkungen, Bl. 2.

<sup>50)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 9; Staudinger, Bemer-kungen, S. 4; Uechtritz an Staudinger; General-major Siegfried von Stülpnagel an den Verf. 7. April 1965.

<sup>51)</sup> Uechtritz an Staudinger.

<sup>52)</sup> Ebenda; vgl. KB, S. 63—64. Die Zusätze sprechen dafür, daß der erste Satz des Fernschreibens, in dem Hitlers Tod behauptet wurde, mit abgesetzt worden ist.

<sup>53)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 9; Staudinger, Bemer-kungen, S. 5.

beim Fest des Gauleiters zugegen gewesen war, hatte keine Schuhe, sondern nur Pantoffeln an<sup>54</sup>). Die Besprechung zwischen Simon und dem Befehlshaber fand im Zimmer des Chefs des Generalstabes statt.

Simon sollte offensichtlich erkunden, welche Haltung das Wehrkreiskommando einnehme, und möglichst Einsicht nehmen in die Befehle, die aus Berlin eingegangen waren. Man antwortete ihm, es sei für das Wehrkreiskommando nur der Gegenbefehl Keitels maßgebend. Über den Inhalt der Berliner Befehle gab man nur allgemeine, ausweichende Auskünfte. Auf die Bitte des Gauleiters, der Stellvertretende Kommandierende General möge ihn in seinem Stollen, wo sich inzwischen das ganze Parteiführerkorps versammelt hatte, zu einer Aussprache aufsuchen, erhielt Simon vom Befehlshaber eine Zusage, jedoch mit der Einschränkung, daß erst noch mit allen Stellen des Wehrkreises Verbindung aufgenommen und ihnen Weisung erteilt werden müsse, worüber dann noch Stunden hingingen<sup>55</sup>). Das war natürlich ein Vorwand oder doch eine ausweichende Erklärung für die augenblickliche Unabkömlichkeit des Befehlshabers. Aber man konnte der Gauleitung auch nicht sagen, man wolle auf alle Fälle die Dinge unter Kontrolle behalten, bis die Lage eindeutig geklärt und also eine „vertrauensvolle“ Zusammenarbeit wieder möglich sein würde<sup>56</sup>). Simon bedauerte zwar, daß man sich so undurchsichtig gab, indem man ihm den Einblick in die Fernschreiben der Verschwörer verweigerte und ihm nur das Keitelsche zeigte, und daß man sich nicht mit größerer Begeisterung zu Hitler bekannte, ging aber doch einigermaßen beruhigt wieder weg<sup>57</sup>).

General Kienitz telefonierte nun noch selbst mit einigen benachbarten Wehrkreiskommandos, so mit Dresden, danach mit Berlin, wo allerdings der Befehlshaber noch immer unerreichbar war<sup>58</sup>). Zugleich sprach Oberst Staudinger mit einigen Chefs, um sich über die Lage auf dem laufenden zu halten<sup>59</sup>). Man erörterte noch besondere Vorsichtsmaßnahmen

für den vorgesehenen Besuch beim Gauleiter; der Ila, Oberst Schroeder, sollte nach einer bestimmten Zeit in der „Finkenburg“ anrufen, falls Kienitz und sein Chef bis dahin nicht zurückgekehrt wären, und notfalls ihre Befreiung veranlassen. Ferner kamen im Laufe des Abends noch eine Anzahl Fernschreiben an<sup>60</sup>).

Unter diesen Fernschreiben war eines, das „Walküre 2. Stufe“ befahl. Gliederung, Stärken und Aufkommensorte der angerufenen Einheiten waren bis zum 21. Juli, 12.00 Uhr an das AHA zu melden. Das Schreiben wird etwa um 21.00 Uhr in Stettin eingelaufen sein<sup>61</sup>). Gegen 21.00 Uhr muß auch das Schreiben gekommen sein, in dem Generalfeldmarschall von Witzleben Generaloberst Hoepner anstelle von Generaloberst Fromm zum Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet ernannte<sup>62</sup>). Die „Standrechtverordnung Nr. 1“, in der u. a. ein Versammlungsverbot, ein Verbot des Waffentragens für alle nicht der Wehrmacht angehörenden Personen und ein Verbot der Herstellung von Flugblättern erlassen wurde, ist nach dem Bericht der Fernschreibzentrale der Bendlerstraße nicht an den Wehrkreis II gelangt<sup>63</sup>). Die anderen Standrechtverordnungen und sonstigen Fernschreiben der Verschwörer wurden dann überhaupt nicht mehr übermittelt. Ab 21.25 Uhr wurde — nach dem Bericht der Fernschreibzentrale im OKH — Keitels Gegenbefehl abgesetzt, der in Stettin etwa um 21.30 Uhr vorgelegen haben muß. Zugleich wurden die vorhergehenden Fernschreiben gesperrt bzw. für ungültig erklärt, soweit sie schon abgesetzt waren<sup>64</sup>). Spät in der Nacht, etwa um 0.30 Uhr, wurde dann noch ein Schreiben nach Stettin übermittelt, in welchem Fromm mitteilte, er habe die Befehlsgewalt wieder übernommen, der Putschversuch sei blutig niedergeschlagen worden und Befehle von Witzleben, Hoepner, Beck und Olbricht seien nicht zu befolgen<sup>65</sup>). Als letztes Schreiben langte ein Befehl an, der schon von Himmler unter-

<sup>54</sup>) Kienitz, Wehrkreis II, S. 9; Kienitz, Bemerkungen, Bl. 3; Staudinger, Bemerkungen, S. 5.

<sup>55</sup>) Ebenda.

<sup>56</sup>) Kienitz, Bemerkungen, Bl. 3; Staudinger, Bemerkungen, S. 5.

<sup>57</sup>) Kienitz, Wehrkreis II, S. 9.

<sup>58</sup>) Kienitz, Bemerkungen, Bl. 3; Kienitz, Wehrkreis II, S. 9.

<sup>59</sup>) Kienitz, Bemerkungen, Bl. 3.

<sup>60</sup>) Staudinger, Bemerkungen, S. 5; Kienitz, Bemerkungen, Bl. 3.

<sup>61</sup>) KB, S. 68, 63.

<sup>62</sup>) KB, S. 69, 64.

<sup>63</sup>) KB, S. 64.

<sup>64</sup>) Ebenda. Staudinger glaubt sich, wie erwähnt, zu erinnern, daß ihn ein schriftlicher Gegenbefehl Keitels schon vor 20.00 Uhr vorgelegen und daß er diesen dem Befehlshaber als ersten, weil maßgebenden, vorgelegt hat.

<sup>65</sup>) KB, S. 64—65, 76.

zeichnet war: Fromms Fernschreiben sei ungültig, Himmler habe die Befehlsgewalt über das Ersatzheer übernommen und die Auslösung des Stichwortes „Walküre“ sei aufgehoben<sup>66)</sup>. Alle diese Fernschreiben und Be-

fehle waren natürlich für eine Entscheidung zwischen Loyalität oder Aufstand nicht mehr erheblich. Die Entscheidung war spätestens in dem Ferngespräch zwischen Kienitz und Keitel gegen 20.00 Uhr gefallen.

## Loyalität

Nach Mitternacht begaben sich General Kienitz und Oberst Staudinger nun zum Gauleiter nach Finkenwalde, wo sie gegen 1.00 Uhr früh am 21. Juli eintrafen. Die Berliner Befehle hatte Kienitz absichtlich nicht mitgenommen, um sie dem Gauleiter nicht vorlegen zu müssen. Dagegen zeigten die beiden Offiziere den Befehl von Keitel vor<sup>67)</sup>, gewissermaßen als Legitimation für ihre Loyalität. Die Befehle der Verschwörer behandelten sie als nicht existent. Natürlich wollte der Gauleiter nun wenigstens wissen, was die Befehle der Verschwörer im einzelnen enthielten. Er hat es General Kienitz und seinem Stabe für den Rest des Krieges nicht vergessen, daß sie ihm die Fernschreiben an diesem Abend nicht gezeigt und auch über ihren Inhalt keine genauen Mitteilungen gemacht hatten, wodurch die Sache für den Gauleiter nur noch mysteriöser und verdächtiger geworden war<sup>68)</sup>. Immerhin sagte der General, er habe sich mit dem Inhalt der Schreiben nicht weiter befassen können; vielleicht wisse der Chef des Stabes Genaueres. Dieser meinte dann, es seien eben die in solchen Fällen üblichen Befehle gewesen — Besetzung der Nachrichtenanlagen und wichtigen Gebäude, Amtsenthebungen der Partei- und SS-Führer usw. Am nächsten Tag entschloß sich der Befehlshaber, dem Gauleiter Abschriften der beiden ersten Berliner Fernschreiben zu überlassen, die ja nun völlig unerheblich geworden waren<sup>69)</sup>. Während die Offiziere noch in Finkenwalde waren, erhielten sie von Oberst

Schroeder der verabredeten Anruf und die Mitteilung von dem Frommschen Fernschreiben<sup>70)</sup>. Nachdem man auch die Rundfunkansprachen von Hitler, Göring und Dönitz beim Gauleiter vernommen hatte, verlangte dieser überraschend von General Kienitz, daß er am kommenden Vormittag um 10.00 Uhr eine öffentliche Loyalitätserklärung abgebe, was dieser wohl oder übel zusagen mußte<sup>71)</sup>.

Darauf fuhr man wieder ins Wehrkreiskommando zurück, wo der Befehlshaber und sein Chef zwischen 2.00 und 3.00 Uhr eintrafen<sup>72)</sup>. Kienitz setzte sich hin und versuchte, eine entsprechende Erklärung auszuarbeiten, aber es quälte ihn, Sätze niederschreiben zu müssen, in denen er tote Kameraden verdammen sollte, denen er im Grunde seines Herzens recht gab. Er brachte es nicht fertig, die Erklärung abzufassen, und so bat er Oberst Staudinger um Hilfe, dem eine solche Aufgabe freilich nicht leichter fiel<sup>73)</sup>. Aber niemand, der nicht sich und andere sinnlos opfern oder in Gefahr bringen wollte, konnte beim jetzigen Stand der Dinge eine solche Erklärung verweigern, und an Ausflüchte, wie sofort nötige Dienstreisen oder Krankheit, war nun auch nicht zu denken.

Kienitz war sich seiner Demütigung bewußt, als er dann die Erklärung vor der Versammlung von Parteiführern, SS-Führern und Offizieren in der Gauleitung abgab. Aber er sah keinen anderen Weg<sup>74)</sup>.

<sup>66)</sup> KB, S. 65, 76.

<sup>67)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 9; Staudinger, Bemerkungen, S. 5.

<sup>68)</sup> Kienitz, Bemerkungen, Bl. 3; Staudinger, Bemerkungen, S. 6.

<sup>69)</sup> Staudinger an den Verf. 12. Feb. 1965.

<sup>70)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 10; Bemerkungen, Bl. 3.

<sup>71)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 10; Staudinger, Bemerkungen, S. 6.

<sup>72)</sup> Ebenda.

<sup>73)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 10; Staudinger, Bemerkungen, S. 6; Kienitz, Bemerkungen, Bl. 3.

<sup>74)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 10.

Der Staatsstreichversuch war mißlungen, weil Hitler nicht getötet worden und also kein „eidfreier Zustand“ entstanden war, der es den militärischen Befehlshabern erlaubt hätte, ohne Skrupel der bisherigen Regierung den Gehorsam aufzusagen. Sie hatten ja nur dem „Führer und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht Adolf Hitler“ Treue gelobt. Er mußte ferner scheitern, weil die Verschwörer fast vier Stunden verloren, ehe sie nach dem Bombenanschlag überhaupt weiteres unternahmen. So war es nicht möglich, die Fiktion vom Tode Hitlers durchzusetzen und lange genug aufrechtzuerhalten.

Die Führungszentrale des Dritten Reiches hatte sich schon von dem ersten Schock erholt, bevor sich auch nur die Umriss eines Staatsstreichversuches abzeichneten, ja, oft noch ehe die viel zu langen Befehle der Verschwörer überhaupt in den verschiedenen Wehrkreisen empfangen, gelesen und in ihrer Bedeutung erfaßt worden waren, und sie konnte rasch und wirksam reagieren. Abgesehen von diesen Hauptfaktoren ist es aber zweifelhaft, jedenfalls bleibt es ungeklärt,

ob die Übernahme der Gewalt durch das Heer in den verschiedenen Wehrkreisen überhaupt durchführbar gewesen wäre. In vielen Wehrkreisen lagen SS-Truppen, über welche der Befehlshaber keine Kommandogewalt besaß, und gerade diese SS-Einheiten waren meist am besten ausgerüstet und ausgebildet. So war es auch in Stettin<sup>75)</sup>. Zudem hatte z. B. der Befehlshaber im Wehrkreis II keine Kommandogewalt über die in seinem Bereich untergebrachten Verbände der Luftwaffe und der Kriegsmarine, deren Zusammensetzung und Kampfkraft ihm nicht einmal bekannt waren<sup>76)</sup>. Eine größere Zahl der jüngeren Offiziere war dabei durchaus hitlertreu. Es ist also sehr fraglich, ob die dem Wehrkreisbefehlshaber unterstehenden Verbände in dem zum Erfolg nötigen Maße die Anordnungen der Verschwörer ausgeführt hätten, wenn sie weitergegeben worden wären.

---

<sup>75)</sup> Kienitz, Wehrkreis II, S. 11; vgl. Hoffmann, Zum Ablauf des Staatsstreichversuches, S. 389, 392.

<sup>76)</sup> Schubert an den Verf. 8. Feb. 1965.